

Die „Weltwacht“ erscheint wöchentlich 6 Mal und ist durch die Expedition, Neue Strassenstr. 4/6, und durch Postanstalt zu beziehen. Preis vierteljährlich Mfr. 2.50, pro Woche 30 Pf. Durch die Post bezogen Mfr. 2.50, für das Haus Mfr. 2.02, wo keine Post am Orte Mfr. 2.50.

Wolkswacht

für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete.

Inserentengebühr: Berechtigt für die einjährige Anzeigenszeit, für den Rest der Anzeigenszeit 15 Pfennige. Inserate für die nächste Nummer müssen bis Freitag 9 Uhr in der Expedition abgegeben werden.

Telephon Nr. 1206.

Organ für die werktätige Bevölkerung.

Telephon Nr. 1206.

Mit der illustrierten Beilage „Die neue Welt“.

Nr. 133.

Dienstag, den 12. Juni 1906.

17. Jahrgang.

Das Herrenbewußtsein ist niedriger.

Am längsten hat der Kiesenkampf der Metallarbeiterausperrungen in Breslau gedauert. Seine Anfänge reichen bis in den Anfang des April und noch weiter zurück. Am 28. Februar hatten die Former sämtlicher hiesigen Gießereien Forderungen zur Verbesserung ihrer Löhne und Regelung der Arbeitszeit gestellt, die schließlich nach einer dreitägigen Streik zu einem annehmbaren Erfolge führten. Nur bei der Firma Remna und bei der Maschinenbauanstalt Breslau fanden die Arbeiter kein Entgegenkommen. Bei der Maschinenbauanstalt wurden die Arbeiter aufs neue vorbestellt, da sie aber von dem Direktor Neumann fortwährend hinfingehalten wurden, traten sie schließlich am 3. April in den Streik. Der Beschluß war mit 137 gegen 2 Stimmen gefaßt worden, in Frage kamen bei der Arbeitsniederlegung 156 Personen. Direktor Neumann schien daraufhin zu Verhandlungen bereit, dann aber hieß er die Kommission am nächsten Tage wiederkommen, und als sie abermals am Donnerstag, den 5. April, vor dem Direktor erschien, erklärte dieser, daß von Unterhandlungen keine Rede mehr sein könne; wenn nicht bis zum 11. April die Arbeit bedingungslos aufgenommen werde, dann solle am 12. April eine allgemeine Formerausperrung in ganz Breslau in Kraft treten, und helfe auch dies noch nichts, dann würden vom 19. April an die organisierten Arbeiter in sämtlichen dem Industriellen-Verbande angehörenden Betrieben ausgesperrt werden.

Die Former und Gießereiarbeiter beschlossen in einer Reihe von Versammlungen, den Kampf aufzunehmen. Sie glaubten, daß ihre Kollegen von der Maschinenbauanstalt und bei Remna ebenso sehr ein Unrecht auf Verbesserung ihrer Lage hätten, wie dies in den übrigen Betrieben der Fall war. Würdes doch von Direktor Neumann den Gießereiarbeitern Löhne von 26 bis 29 Pfennig gezahlt und betrug doch der Stundenlohn der Former bei fünf bis sechs unter 45 Pfennig, sodaß in der Maschinenbau-Anstalt niedrigere Löhne gezahlt würden, als in anderen Betrieben. Diese Differenz sollte ausgeglichen werden; die ganze Forderung der Arbeiter bestand darin, daß für Gießereiarbeiter ein Mindestlohn von 36 Pfennig, für Former aber ein Anfangslohn von 40 Pfennig bei entsprechender Steigerung ausdrücklich festgelegt werde.

Im Kampfe um diese billigen Forderungen glaubten die Former und Gießereiarbeiter der übrigen Breslauer Betriebe, ihren Kollegen entgegenkommen zu müssen; es

kam aber noch hinzu, daß es galt, wenn irgend möglich, den Herren- und Machtdünkel des Herrn Neumann, der die bedingungslose Aufnahme der Arbeit zur unerbittlichen Nichtsahnung seines Handelns gemacht hatte, endlich einmal zu brechen.

So trat am 12. April die Former- und Gießerei-Arbeiter-Ausperrung in Kraft, wenn auch nur langsam. Die hiesigen Unternehmer schienen nicht recht mit dem Standpunkte Neumanns einverstanden, ihnen mochte vor den Folgen des hartnäckigen Herrenstandpunktes ein wenig grauen. Doch der Terrorismus des Industriellenverbandes tat seine Schuldigkeit, und am 19. April trat auch die angeordnete allgemeine Ausperrung in Kraft: die Angehörigen der freien Gewerkschaften, Metallarbeiter, Holzarbeiter, Handelshilfsarbeiter, Fabrikarbeiter, Maschinenisten, Ladierer und Sattler, ebenso die Hirsch-Dunderschen Gewerksvereiner, und ein Teil der christlichen Gewerkschaftler flohen aufs Pfälzer, soweit sie den von den Unternehmern vorgelegten Nebenversatz zu unterzeichnen sich weigerten.

Die Ausperrung trat also am 19. April in Kraft, einer der größten wirtschaftlichen Pämpfe, die Breslau je gesehen, spielte vor unseren Augen sich ab, er schied mit seinen Folgen und Begleiterscheinungen die Spieler aus ihrer schmerzlichen Ruhe auf und ließ seine Wirkungen im ganzen Geschäftsleben der Stadt verspüren. Überall, nicht nur von den kleinen Kaufleuten, konnte man darüber klagen hören, wie sehr durch die Ausperrung die Kaufkraft des Hauptkonsumenten, der Arbeiterschaft geschwächt werde.

Mit seltener Energie und Ausdauer haben die Arbeiter von Breslau den ihnen aufgedrungenen Kampf geführt. Alles war gegen sie. Die Unternehmer erfreuten sich der Unterstützung der Behörden mit ihrem gewaltigen Machtapparat in einem Maße wie nie bisher. Die Bluterzeichen am Abend des 19. April draußen in den Arbeiterquartieren der Nikolaiviertel hatten gezeigt, daß die Arbeiter den Kampf nicht nur gegen die Unternehmerschaft zu führen haben. Aber dank ihrer selbst gewollten und selbstgeschaffenen Disziplin ist die Breslauer Arbeiterschaft im ganzen Verlaufe des Kampfes trotz alledem so ruhig geblieben, als wenn tiefer Frieden herrschte. Alles war gegen sie. Die Unternehmer erfreuten sich der Unterstützung der Behörden mit ihrem gewaltigen Machtapparat in einem Maße wie nie bisher. Die Bluterzeichen am Abend des 19. April draußen in den Arbeiterquartieren der Nikolaiviertel hatten gezeigt, daß die Arbeiter den Kampf nicht nur gegen die Unternehmerschaft zu führen haben. Aber dank ihrer selbst gewollten und selbstgeschaffenen Disziplin ist die Breslauer Arbeiterschaft im ganzen Verlaufe des Kampfes trotz alledem so ruhig geblieben, als wenn tiefer Frieden herrschte.

Mehr als ein Mal schien es, als ob der Frieden vor der Tür stünde. Wie schon vor Ausbruch des Kampfes, so gab es auch jetzt eine ganze Anzahl von Unternehmern, die gern sofort den Ausperrungsbeschluß ihren Arbeitern gegenüber zurückgenommen hätten, wenn nur die drakonischen Bestimmungen des Industriellenverbandes sie nicht gehindert hätten. Und Herr Direktor Neumann schien unerbittlich. Bedingungslose Unterwerfung, und immer wieder nichts als Unterwerfung war seine einzige Forderung. Unterstützt aber wurde er in seiner Hartnäckigkeit durch den Berliner Vorstand des Zentralverbandes der Metallindustriellen, der den bedrängten Zweigverbänden, besonders aber den Breslauer Industriellen durch

die Androhung einer über ganz Deutschland gebachten Generalausperrung zu Hilfe kommen wollte. Man hatte offenbar geglaubt, schon die bloße Androhung werde die Arbeiterschaft bezw. die sie vertretenden Gewerkschaften, vor allem den Metallarbeiterverband, so einschüchtern, daß diese demütig und wehmütig zu Kreuze kriechen würden.

Als man aber sah, daß man sich in der Kampfesfreude und Fähigkeit der Arbeiterschaft getäuscht hatte, da wagte man es doch nicht, wirklich ernst zu machen. Die Ausperrung wurde verschoben, und es begannen die Unterhandlungen. In Dresden, in Süddeutschland, in Braunschweig, in Hannover, überall kam es schließlich zu Vereinbarungen, die von den Arbeitern als ein ehrenvoller Frieden angesehen werden durften. Denn der Angriff des Scharfmachertums auf die Arbeiterorganisationen war damit abgeschlagen.

In Breslau aber ging der Kampf weiter. Direktor Neumann blieb starrköpfig, er verlangte bedingungslose Unterwerfung. Die Breslauer Arbeiterschaft aber hatte hierzu keine Veranlassung. Die Unternehmer waren so wie so ganz offensichtlich am Ende ihrer Ausdauer, und nur Herr Neumann stand noch kühnen Mutes da. Aber der Zwang wurde immer größer. Man versuchte sich damit zu helfen, daß man den Christlichen und den Hirsch-Dunderschen die offizielle Mitteilung machte, die Ausperrung gegen sie sei aufgehoben. Diese zeigten ihre wahre Gesinnung, und sofort nahmen sie die Arbeit auf. Die freien Gewerkschaftler aber ließen sich auch hierdurch nicht einschüchtern, sie waren, wie stets, auch jetzt zu Unterhandlungen gern bereit, aber von bedingungsloser Unterwerfung konnte nimmer die Rede sein.

Es mag ein bezweifeltes Kampf gewesen sein, den Herr Direktor Neumann mit sich und mit seinen Kollegen in den letzten Tagen geführt hat. Endlich aber war doch auch sein Unternehmertum bezwungen.

Er erklärte sich zu Unterhandlungen bereit. Und sie führten zum Frieden. Zwar darüber geben sich auch die Arbeiter keiner Täuschung hin, daß die Former und Gießereiarbeiter wesentliche Verbesserungen erzielt hätten. Aber darum drehte sich ja schließlich gar nicht der Kampf mehr. Die Unternehmer unter Neumanns Führung hatten den Formerstreik nur als Vorwand zu einer Machtdemonstration nie erhörtem Umfanges benutzt. Die Arbeiterorganisationen sollten vernichtet werden. Dieser Angriff ist abgeschlagen, glänzend abgeschlagen, das Prinzip des Herrtums der Unternehmer ist durchbrochen. Darin liegt ein Erfolg für die gesamte Arbeiterschaft, der viel Mal höher anzuschlagen ist als selbst die beste Lohnaufbesserung.

So haben die Arbeiter von Breslau einen Erfolg errungen, der sie mit Freude erfüllen kann. Von heute an werden die Schloße der Fabriken nicht mehr bloß ihren Rauch in die Luft verpuffen, Leben und Betriebsamkeit wird in die Werkstätten wieder einkehren, und im Bewußtsein ihrer

Das Stuttgarter Hugelwännlein.

Erzählung von Eduard Mörike.

131 Sie hatte Wein herauf vom Keller, und er brachte den Schützlaib herunter. Der Leser bildet sich schon selber ein, sie werde heute schließlich das erste Mal davon getostet haben: o nein! Ten Seppie trankte nur, daß er ihr nicht süßlich Tag für Tag ein neues Stück zum Imbiss bringen konnte, indem die Meisterin schon ohnedies sich wunderte, was doch der Vürch für einen guten Döte habe an dem Stuttgarter Högzuckerbäcken (wie er ihr weiß gemacht), dem's auf ein Dabblin alle acht Tage nicht antomme. Denn ob es ihm schon nicht verboten war, zu offenbaren, wie es damit hergeht, so scheute er sich doch. Jetzt läßt sie ihm besser auf den Zahn und sagte: „Gesteh's mir, Seppie! Geld, Brot und Würste sind aus e'm Haus!“ — „Das nicht,“ erwidert er. „Das eine anbelangend, so will ich meine heraliche Braut von Grund der Wahrheit berichten: denn mit dem Zuderbäck, das war gepaßt. Habt Ihr in Ulm auch schon gehört vom Hugelmann?“ — „Mein Wort.“ — „Vom Beschüwiger? vom Tröster?“ — „Nichts.“ — „Gut denn!“ — Er nahm sein Glas, tat ihr Bescheid, fing an, der Frau treuherzig zu eröffnen alles, was ihm die Nacht vor seiner Reife widerfahren. Im Anfang schaute sie ihm so in das Gesicht, daß es gütig es eben Scherz; doch weil er gar zu ernsthaft drein sah, dachte sie: Er ist ein Wunderkinder und ein Träumer. Je mehr sie aber zweifelte, je mehr erzählte er sich. Da will ich meiner Liebsten zum Exempel vom Doktor Beyland eine Geschichte erzählen, die ist gewiß und wahr, ich hab' sie von meinem Großvater. Ihr höret sie einmal zum Zeitvertreib, nachher mögt Ihr dran glauben oder nicht!

Der Beyland war ein alter Freund vom Graf Konrad von Württemberg, demselbigen, welcher den Grund zu meiner Vaterstadt gelegt, und trieb sich Wesen als ein stiller, alter Herr in einem einzöchten Gebäu, das stand daselbst im Tal umweit dem Pfah, wo dormalen das Schloß zu sehen ist. Des Doktors vornehmstes Vergnügen war ein großer Garten hinter seinem Haus, drin pflanzte er das schönste Obst im ganzen Gau; nur daß ihm alle Herbst die Puppinger Bauern die Hälste wegstahlen, trotz einer hohen Mauer, so rings um das Haus und den Garten her lief. Dies ärgerte den Herrn, daß er oft krank darüber ward. Jetzt kommt einmal am letzten Tag, indem er eben bei verschlossener Tür in einem alten Buch studiert, der Hugelmann zu ihm, der Beschüwiger, der Tröster (welcher zuvor der Doktor noch nicht kannte) und bietet ihm ein Mittel wider diese Gauden mit dem Hedding, daß er ihm nämlich einen Scheffel gute Wadelbiren liefert

zu Hugel'n. Der Doktor ging das unschwer ein. Da brachte jener unter seinem Schurzfell einen Eitel'stück hervor von ordentlichem Buchensholz, noch neu und als ein wunderbarer Krebs geschnitten, mit einem platten Rücken und kurzen starken Scheren; am Bauch unten war er schwarz angegriffen, darauf mit weißer Farbe ein Trudenfuß gemacht. „Nehmt diesen meinen Knecht,“ sagte der Hugelmann, „und stellt ihn, wohin Ihr wollt im Haus, doch daß er freien Paß im Garten habe, etwa durch einen Kandel oder Kastenlauf! Im übrigen laßt ihn nur machen und kümmert Euch gar nichts um ihn! Es kann geschehen, daß Ihr mitten in der Nacht hört einen Menschen schreien, irrsinnig und ärmlich: da springet zu, greift den Dieb und säuget ihn! Dann sprecht zu dem Knecht die Wort:“

„Janges, Vanges, laß ihn gehn, Wohl hast du dein Amt getan!“

Doch ehe Ihr den Bauern oder Nachtschach laufen laßt, sollt Ihr ihn heißen seine Eitel'stück oder Schuh aktun, dabei mein Knecht ihm trefflich helfen wird, und diese Pfandstück möget Ihr behalten, auch seiner Zeit nach Besuchen versehen! Dafern mein Krebs in seiner Pflicht faulselig würde oder sonst sich unwillig machte, schenkt ihm nur ein gutes Tritt Fed auf die Oberkranz! Ich hoff', es soll nicht nötig sein. Sonst ist er ganz ein frommes Tier und zäh, man kann Holz auf ihn spalten; nur allein vor der Kälten sollt Ihr ihn hüten: er steigt gern überall herum und fällt einmal in einen Kessel mit heiß Wasser; das verrät er nicht. Aber ich komme schon wieder und sehe selber nach, lieber Herr. Gehabt Euch wohl!“

Der Doktor Beyland stellte jetzt den Eitel'stück vor seine Stubentür. Da blieb er stehen bis zum Abend unterlegt und sah so dumme wie ein armer Stüd Holz. Im Zwielichten aber, wie man just an nichts dachte, ging es auf einmal Hölterpöller, Hölterpöller die Stege hinauf und durchs Guckloch hinaus in den Garten. Da sahen Herr und Diener ihn vom Fenster aus durchs grüne Gras an der Mauer hin'schleichen und kratzen, an allen vier Seiten herum und immer so fort, die ganze liebe lange Nacht.

Der alte Diener hatte seine Lagerstatt im unteren Stod gegen den Garten; nun streck er sich in Kleidern auf sein Kosterbett. Eine Stunde verstrich nach der andern, der Alte hörte nichts, als hin und wieder wie durch das Gass ein reißes Obst herunterrauscht und plumpste. Doch gegen Morgen, eben da er sich aufs andere Ohr inlegte und sein Zudek besser an sich nahm, denn es war frisch, erscholl von fernem her ein Getermerdegeschrei, als wenn es einem Menschen an das Leben geht. Der Diener sprang hinaus und sah auf sechzig Schritt, wie des Hugelmanns Knecht einen baumstarken Kerl

am Fersen hatte und mit Gewalt gegen das Haus hergrante, also daß beide Teile rückwärts gingen, Dieb und Büttel (wie ja der Krebs Art auch ohne den so ist), und war ein Fellen, Würgen, Sperren Drängen und Kräzen, dazu viel Schreien und Schnaufens, Wimmerns und Wütens, daß es erbärmlich war zu hören und sehen.

Der arme Schächer, so ein Puppinger Weinschröder war, trachtete im Anfang wohl, mit dem Schergen durchzugehen, der aber hatte gut zwei Köpfsjärten und straffe ihn mit Kneten jedesmal so hart, daß er sich halb gutwillig gab. Auf solche Weise kamen sie bis an das Haus; da hielt der Krebs gerade vor der Tür und stand der Doktor schon daselbst in seinem Schlafrock, lachend; sprach:

„Janges, Vanges, laß ihn gehn, Wohl hast du dein Amt getan!“

Dann ließ er den Bauern die Bundschuß austun, und mochte der laufen.

Die andere Nacht gleich wurden ihrer zweien nacheinander eingebracht, die dritte wieder einer und alsofort bis auf die dreißig, lauter Puppinger. Denn weil sich jeder schämte, sag's keiner, die andern zu warnen. Der gute Knecht verheißte nicht leicht seinen Mann; ein einzigmal kam er mit einem leeren Eitel'stück angerufen und hielt denselben bis zum Morgen unverändert mit großer Kraft in seinen Jangen, bis ihn von ungefahr der Herr vom Haus erblickte. Das Schwert aber nagelte der Diener alles nach der Reih' im leeren Pferd'stall an der Wand herum. — Es gibt noch ein übliches Stücklein davon: wie nämlich einst der Graf mit seiner Frauen und zwei Söhnlein auf Besuch bei dem Beyland gefahren. Herr Konrad baute bei dessen Garten eine Stuterei — daher nachmal die Stadt Stuttgarter hieß — beschied seinen Werkmeister her auf den Pfah und zeigte selbst, wie alles werden sollte. Es wollte aber ganz der Doktor denen kleinen Junksperren eine Kurzwelt lassen und dat den Hugelmann verhalten, um daß er ein wackriges Hugelwert bereite; der versprach's. Als nun die Knaden nach der Wahlzeit in dem Garten spielten, da warb's lebendig in dem Stall, und kam halb aus der Tür hervor ein ganzer Zug von kleinen, zierlichen Höglein, lauter Kappen mit Sattel und Zeug, und das waren die Eitel'stück gewesen; sie gingen zwei und zwei und wurden von kleinen Kopsbuden geführt, und das waren die Bundschuß. Die Junter hatten ihre Freude mit den ganzen Abend. Auf einmal sah man an dem Garten einen Pfiff, der ganz Tröster sah wie der Pfiff ein jeder in seinem Sattel, die Höglein aber waren zumal Kappeser geworden, was grün, einen Schuh lang, mit Högeln, die setzten all über die Mauer hinweg und kamen nicht mehr. Doch nachher noch fand man so Eitel'stück als Schuh wie zuvor an die Stallwand nagelt. (Fortsetzung folgt.)

Kraft werden die Arbeiter an ihre alten Plätze zurück-
geführt.

Das Bestreben dieser Kraft wird aber auch in der
Rage sein, die noch bestehenden Differenzen aus der Welt
zu schaffen. Denn ein bössiger ist der Frieden immer noch
nicht. Die im Holzarbeiterverbande or-
ganisierten Ausgesperrten haben beschlossen,
die Arbeit erst aufzunehmen, wenn sie offiziell von dem am
Sonntagabend in der bei Hofen abgehaltenen Verbandssitz-
ung der Industriellen beschlossene Aufhebung der Aus-
spernung in Kenntnis gesetzt werden; bei
demna kann es zur Arbeitsaufnahme noch nicht kom-
men, weil diese Firma sich weigert, 19 alte Former ein-
zustellen, Dreher und Fuhrer sowie die Firma
Deamann weigern sich ebenfalls, vorläufig ihre alten
Leute, angeblich wegen Arbeitsmangel, einzustellen. Aber
auch hier wird voraussichtlich bei der Einigkeit der Ar-
beiter die Belassung der Differenzen nicht allzulange auf sich
warten lassen.

So wird der Frieden wieder eintreten, in die Kreise
der Dresdener Metallindustrie, die Arbeiter aber werden
diesen Frieden vor allem dazu benutzen, ihre Organisa-
tionen so auszubauen, daß sie, wenn über kurz oder lang
der Kampf von neuem ausbrechen muß, im Vertrauen auf
ihre eigene Kraft und gerüstet bis an die Zähne dem Feinde
und den Gefahren ins Auge sehen können.

Vor dem Massenstreik.

Man schreibt uns aus Wien, 9. Juni:
Ueber Nacht hat sich die Situation geändert und wäh-
rend es am Donnerstag noch hien, als ob die letzten
Widerstände gegen die Wahlreform besiegt seien, steht
heute das österreichische Proletariat
unmittelbar vor dem Massenstreik.

Als am vorigen Sonntag das parlamentarische
Ministerium ernannt war, konnte man annehmen, daß sich
die großen nationalen Parteien, Deutsche, Tschechen und
Polen, über die Wahlreform geeinigt haben und daß nur
noch formell der Wahlformauschuß das Kompromiß zu
beschließen haben werde, worauf dann in wenigen Wochen
das Haus die Wahlreform verabschieden könnte. Aber die
Wahlreformfeinde sind jähler, als man erwarten konnte, und
bürgerliche Parteien, die die Wahlreform wollten, sind
jetzt weniger als man geglaubt hat. Die Führer der nationalen
Parteien sind zwar in das Ministerium bed eingetreten,
und sie haben dem ersten Programmpunkte, der Wahlreform,
zugestimmt; aber sie haben sich über die strittigen Bestim-
mungen — namentlich über die Frage, ob der „Nativische
Bloc“ eine Mehrheit von 3 oder von 5 Stimmen haben
und ob die Wahlreifeinteilung unter den Schutz einer
einfachen oder einer qualifizierten Mehrheit gestellt werden
soll — vorher nicht geeinigt. So unbetrefflich diese Dif-
ferenzen auch sind, so setzen die Feinde der Wahlreform
gerade hier ihren Hebel an, und da die Minister aus Furcht
vor den Radikalen in ihren Parteien sich auch jetzt nicht
über diese lächerliche Bagatelle hinwegzusetzen wagen, ver-
mag es das Ministerium auch nicht, die Intriguen der
Feinde, die sich hinter diese Differenzen verstecken,
nieder zu ringen. Gestern hat der Ministerpräsident v. Bed-
twoi verschiedene Reden für die Wahlreform gehalten, aus
denen man ersah, daß er entschlossen ist, die Wahlreform
durchzuführen. Im Herrenhause erklärte er nachmittags,
daß die Wahlreform eine unbedingte Notwendigkeit für den
Staat und daß die Regierung sie nicht auf halben Wege
stehen lassen, sondern zu Ende führen werde, und Abends
sagte er im Wahlform-Ausschuß, daß ein
Verharren bei dem bisherigen Wahlrecht ausgeschlossen
sei und daß die Regierung alles tun werde, um das Reform-
werk mit Entschiedenheit zu einem gedeihlichen Ende zu
führen. Aber als es sich dann darum handelte, daß der
Ausschuß mit der Spezialdebatte beginne, zeigte sich, daß die
Regierung die durch die Hohenlohe'schen Kompromißvorschläge
bedingte Neueinteilung der Wahlkreise in Böhmen noch nicht
fertiggestellt habe. Der deutsche und der tschechische Land-
mannminister hatten sich eben darüber noch nicht geeinigt.
Die Liberalen und die Großgrundbesitzer setzten nun hier
mit ihrem Angriffe ein, und sie verlangten mit Hinweis
darauf, daß Böhmen ein gar so wichtiges Land sei und daß
die Wahlordnung mit Böhmen anfangs, daß auch der Aus-
schuß die Spezialdebatte mit der Beratung der böhmischen
Wahlkreise beginne. Vergebens verwies Dr. Adler und einige
andere darauf, daß man ebenso gut mit Dalmatien und Galizien
beginnen könne. Der Ausschuß beschloß nach dem An-
trage des Grafen Stürgkh, zuerst über die böhmischen
Wahlkreise zu verhandeln. Die Sitzung mußte also verlagert
werden, und es gelang wieder den Alldeutschen, die über-
haupt im Kampfe gegen die Wahlreform an der Spitze
marschieren, den Vorschlag Adlers, daß die nächste Sitzung
Montag abgehalten werde, zu Fall zu bringen und durch-
zusetzen, daß erst am Dienstag wieder Sitzung ist. So
waren nicht nur eine lange Sitzung infolge formaler De-
batten nutzlos verstrichen, sondern die Debatte war wieder
um einige Tage verschleppt. Es ist offenkundig, daß die
offenen und geheimen Feinde der Wahlreform Obstruktion
treiben, und daß die Freunde der Reform nicht die Energie
haben, mit dieser Obstruktion fertig zu werden. Die
Arbeiterchaft muß der Wahlreform zu Hilfe kommen.
Schon seit dem Falle Hohenlohe's rüft sich die Arbeiter-
schaft überall zum Massenstreik. Aus allen Gegenden
des Reiches, aus dem nordböhmischen Industriegebiet,
wie aus den galizischen Bauernbüdfern kommen täglich
Telegramme an die sozialdemokratische Parteivertretung,
daß sie doch endlich den Massenstreik proklamieren, und Massen-
meetings wie Vertrauensmänner-Konferenzen beschließen, der
Parteivertretung mitzuteilen, daß Alles zum Massenstreik
vorbereitet ist. Die Parteivertretung hatte bisher den Zeit-
punkt nicht für gekommen erachtet, an den Opfermut der
Genossen zu appellieren. So lange die Aussichten auf eine
parlamentarische Erledigung der Wahlreform noch ziemlich
groß waren, wäre es ein unwillkürliches Spiel mit der Zeitung von

Arbeitsern, ein Mißbrauch einer wichtigen Waffe des politischen
Kampfes gewesen, wenn die Parteileitung nicht alles getan
gehan hätte, um den Massenstreik zu vermeiden. Nun aber,
da sich zeigt, daß der Wahlreform eine ernste Gefahr her-
verschleppt, ist auch der Zeitpunkt gekommen, um
allen denen, die ihr frivolos Spiel nicht lassen wollen, ein
ernstes Warnungssignal zu gebra. Heute Abend
hat eine Sitzung der Parteileitung stattgefunden, der auch
die Vertreter der Gewerkschaftskommission und die sozial-
demokratischen Abgeordneten beigezogen wurden und in dieser
Sitzung wurde einstimmig beschlossen, vorläufig den all-
gemeinen Massenstreik noch nicht zu pro-
klamieren, wohl aber für den Fall, daß die Arbeiten
des Wahlformauschusses nicht rascher fortschreiten, in der
aller nächsten Zeit einen breitägigen
Massenstreik in Wien einzutreten zu lassen. In dem
dort beschlossenen Aufruf heißt es: „Wien ist das Zentrum,
ihm obliegt die Ehre und die Pflicht voranzugehen. Das
erste und letzte Warnungssignal soll nur von der Wiener Arbeiter-
schaft befohrt werden. An die Arbeiter außerhalb Wiens ergeht die
Mahnung, sich, mag in Wien was immer geschehen, unter
gar keinen Umständen in einen Massenstreik einzulassen, be-
vor die kompetenten Instanzen dazu das Zeichen gegeben
haben. . . . Parteigenossen allerwärts, ärgert eure Un-
geduld und wartet ruhig, bis die Reihe an euch kommt.“
Für Mittwoch ist eine Sitzung der Gesamterleitung einbe-
rufen und für Donnerstag eine Reichskonferenz der
politischen und gewerkschaftlichen Landes-
vertrauensmänner, der die letzten Entschlüsse vor-
behalten sind. Wenn der Wahlformauschuß auch die
Woche nicht zu rascher Arbeit zu bewegen sein sollte, so wird die
folgende Woche im Zeichen des Massenstreiks der gesamten
Wiener Arbeiterchaft stehen. In Wien fällt der erste Schuß.
Und wenn dann die Privilegienbande noch nicht nachgeben
sollte, so wird dem Massenstreik in Wien der Massenstreik in
ganz Oesterreich folgen. Die Arbeiterchaft des ganzen
Reiches ist bereit, jedes Opfer zu bringen, um ihr Recht zu
erringen.

Politische Uebersicht.

Ausweisung und Zigarettensteuer.

Die nächste Folge der neuen Tabaksteuer wird vor-
aussichtlich eine Krise in der deutschen Zigaretten-Indus-
trie, speziell für die in dieser Industrie beschäftigte Ar-
beiterchaft sein. Zur Zeit wird in allen deutschen Zi-
garett-Fabriken mit Hochdruck gearbeitet. Die Händler
können die Vorräte, die sie am 1. Juli d. Js. beim In-
krafttreten des neuen Gesetzes anmelde, noch bis zum 1.
September ohne die Last der neuen Steuer verkaufen, die
Fabrikanten ihre Erzeugnisse bis zum 1. August. Daher
bemühen sich die Händler, ihre Vorräte jetzt an den Mann
zu bringen und neue bis 1. Juli in möglichst großen
Mengen aufzustapeln. Und die Fabrikanten strengen sich
dementsprechend an, bis zum Ablauf der Frist möglichst
viel Ware fertigzustellen. Die Folge wird sein, daß noch
dieser Ueberproduktion zeitweilig eine Stodung eintritt,
und viele Arbeiter und Arbeiterinnen werden wahrschein-
lich auf längere oder kürzere Zeit beschäftigungslos wer-
den. Da nun die Ausländer unter den Zigarettenarbeit-
ern dann leicht den deutschen Gemeinden zur Last fallen
könnten, sucht man dadurch vorzubeugen, schon jetzt viele
ausländische, namentlich russische Arbeiter und Arbeiterinnen
der Zigarettenbranche auszuweisen. In einer großen Fa-
brik im Norden Berlins haben 100, in anderen 50 und
so weiter den Ausweisungsbefehl erhalten. Bürgerliche
Blätter brachten diese Darstellung in aller Gemütsruhe und
ohne Kommentar ab, ohne sich der Inzianie bewußt zu
werden oder werden zu wollen, die in der echt borusischen
Verhappelung schäbiger Polizeipraxis mit kapitalistischer
Steuerpolitik liegt.

Der Dank an „JHR“. Wie man sich erinnern
wird, wurde auf unmittelbarem Befehl des
Kaisers, zweifellos infolge des sehr geschickten offenen
Briefes, der statt einer Vorrede das Buch einleitete, der
Sammlung von Witzblattzeichnungen über Kaiser Wilhelm
„JHR“ („Lui“), von John Grand-Carteret, der
freie Eingang und Vertrieb in Deutschland gestattet. Das
eben ausgegebene 11. Tausend des Buches enthält nun den
überschwenglichen Dank des Verfassers in Gestalt
eines neuen offenen Briefes „an Se. Majestät
Wilhelm II., Deutschen Kaiser, König von Preußen“, der
an Stelle des wirklichen ersten der neuen Auflage voran-
gesetzt ist. „Majestät, machen Sie die befreiende Hand-
bewegung, die die Welt von Ihnen erwartet. Lassen Sie
die Bilder durch!“ So hatte der frühere offene Brief ge-
schlossen. Jetzt schreibt Grand-Carteret nach der „Woff-
Zeitung“:

Euer Majestät haben, die Ueberlieferung des
großen Friedrich fortsetzend, die befreiende Hand-
bewegung gemacht. . . . Polizei und Gerichte haben in
der Hülle ihrer Rechte meine Sammlung, weil sie aufrührerische
Bilder enthält, beschlagnahmen und verfolgen zu lassen ge-
laubt. Euer Majestät haben in der Hülle ihres allerbö-
sen Willens die Aufhebung aller Beschlagnahmen und
Verfolgungen befohlen. Nun, es ist noch niemals eine
großartigere Bewegung von einem modernen Herr-
scher ausgeführt worden, von einem Monarchen, dessen Gehalt
auf Ueberlieferung des dem göttlichen Rechte beruht. Die Be-
deutung dieser königlichen Bewegung festzusetzen wollen Euer
Majestät mir gestatten. . . .

Wie haben es Herrscher bis zum heutigen Tage in der-
artigen Stößen gehalten? Soll an die französische Restauration
erinnert werden, die, gegen die einheimischen Napoleon-Bilder
genauso beschlagnahmen ließ? Oder an die Regierung Ludwigs
Philipps, welche die „Leuchtturme“ an der Grenze auf-
stellte, so oft dieses deutsche Blatt eine Biene abbildete? Oder
an den Minister des Innern der französischen Republik von
1848, der die deutschen Spottbilder nicht nur auf französische
Personlichkeiten und Vorgänge, sondern sogar auf das fran-
zösische Parlament beschlagnahmen ließ, aus Furcht, daß die
heilige Allianz Frankreichs des Prospektismus geizen könnte?
An das zweite Kaiserreich, das den Berliner Klubberodisch,
die „Frankfurter Laternen“, den „Hamburger Summieren“ meien
ihren unerschütterlichen Bildern mörgelte und sogar die „Fliegen-

den Blätter“, trotz ihrer politischen Harmlosigkeit, nicht immer
ihren Besitzern zustellen ließ? Soll ich auch sagen — wie unter der dritten
Republik, unter Mac Mahon und Felix Faure deutsche Witz-
blätter nicht immer an ihre französische Bestimmung gelangten
und zu gelassen Zeiten alle ausländischen Bücher über das
französisch-russische Bündnis der strengsten Zensur unterworfen
wurden? Nun denn: ich möchte nicht, daß Karl der Dritte,
Ludwig Philipp oder Napoleon der Dritte jemals persönlich ein-
gegriffen hätten, um Beschlagnahmen oder Verfolgungen aus-
zuheben. . . . Mit dieser ganzen Vorgangheit, mit dieser
ganzen Polizeistatistik haben eure Majestät
welle gebrochen und laut verkündet, daß Beschlagnah-
men ein unverjährbares Recht auf Freiheit
haben. . . . Darum erhebt die Handbewegung Eurer Majestät
heute als etwas Beispielloses in der Geschichte.
Es ist der Anfang einer neuen Zeit.
Es ist die erste Tat der Politik des freien Willens. . . . An-
sehlich der Handlung Eurer Majestät wäre ich versucht, dem
französischen „Journal d'Alsace-Lorraine“ von Straßburg die
gerechte Würdigung zu entziehen: „Es gibt in Wien nicht bloß
Nichter. Es scheint sehr, daß es dort auch Männer von
Geist gibt. Wilhelm der Zweite ist einer von
ihnen.“ Wird die Geschichte uns nach dem gekündeten Bil-
dungsstand des Kaiser des gesunden Menschen-
verstandes geben?

Dieser Phrasenschwulst eines „freien“ Franzosen muß
wirklich bekannt werden, umfomehr als den Deutschen jeder
Richtung hinreichend zu Gemüt geführt ist, wie es mit der
Schwulstigkeit in Wirklichkeit bei uns beschaffen ist. Die
schwülstigen Schmeicheleien des Herrn Grand-Carteret werden
sogar der konservativen Presse zu stark. So bemerkt u. a.
die „Tägl. Rundschau“ dazu: „Einbringlicher mühten auch
die gewandten Köpfe des 18. Jahr-
hunderts nicht zu schmeicheln. Die Dankbarkeit
Grand-Carteret ist begründet; daß „er“ seinem Buch in
Deutschland seine Verbreitung gewährte, hat Grand-Carteret
nicht bloß in Deutschland bekannt gemacht, sondern ihm
gewiß auch noch in anderer Weise sehr genügt
(nämlich seinen Geldbeutel gefüllt). Wenn er aber felerlich
verkündet, daß die Freigabe von „Lui“ der Beginn
einer neuen Zeit bedeute, dann scheint ihm die Nicht-
beschlagnahme seines Buches doch auch etwas geschadet zu
haben“ (nämlich an seinem Begriffsvermögen).

Die Wahrheitsliebe des Zentrums ist bekannt.

Sie wendet sich je nach dem Winde, fächelt Platte, ver-
leumdet Gegner und — klagt über mangelnde Wahrhaftig-
keit in dieser sündhaften Welt! Oft kann man in der
Zentrumspresse die Notwendigkeit der Konfessionschulen wehr-
mühtig erörtert finden und insonderheit, bevor das Schul-
verfassungsgesetz seinen Abschluß erhalten hat. Jetzt plötzlich
kann man auch anders. In der „Germania“, dem kirchlichen
Zentralorgan, findet sich dieser treffende Satz:

„Was hat eine Oberlehrerkolleg für Mathematik
oder neuere Sprachen oder Geographie usw. mit der
Konfession zu tun?“

Ja, das wissen wir in der Tat auch nicht! Aber kann
eine solche Zweifelspaltigkeit noch überboten werden? Bei der
Vorbereitung erürt man das Seelenheil der Kinder für ge-
fährdet, wenn katholische Kinder bei einem evangelischen
Lehrer Rechnen lernen, oder umgekehrt, und bei der höheren
Schule weiß man ganz gut, daß Mathematik mit der Kon-
fession nichts zu tun hat!

Schädelpyramide.

An das erschütternde Bild W e-
r e s c h t s c h a g i n s, der selbst im Kriege mit Japan dem
Tod fand, werden wir gemahnt, wenn jetzt über die wirk-
lichen Kriegsverluste Japans aus Tokio Nach-
richten eintreffen. Es wird geschrieben:

Die genauen Verluste des japanischen Heeres im letz-
ten Kriege werden erst jetzt bekannt. Die Bittern sind
ungeheuer. Vor kurzem hat Generalleutnant Kolke in der
Jahresversammlung der medizinischen Gesellschaft darüber
Angaben gemacht, die wohl den Anspruch auf authentische
Genauigkeit machen dürfen. Der ganze medizinische Stab
Japans hat im Kriege 632,690 Verwundete und Kranke
behandelt, darunter 77,805 Russen und 97,850 in Japan
Erkrankte. Die Gesamtziffer der Japaner beläuft sich also
auf 554,885, von denen 220,812 Verwundete, 236,223
Kranke waren; von ersteren starben 47,387, von letzteren
27,158. (Zur Pflege und Behandlung wurden 10,175
Ärzte und Pfleger, und zwar 4517 der Armee ange-
hörend, 5470 vom Roten Kreuz, 188 Assistenten berwen-
det). Nach Hinzufügung der Verluste an Toten auf dem
Schlachtfeld ergeben sich folgende Ziffern:

Im Mai 1905 wurden in dem Schrein des Ehren- Kriegstempels auf dem Rudanbühl in Tokio eingetragen:	
Marine (Offiziere und Leute)	1,857 Mann
Heer (Offiziere und Leute)	28,999 "
Im Mai 1906 wurden eingetragen:	
Marine (Offiziere und Leute)	122 "
Heer (Offiziere und Leute)	29,626 "
Tote auf dem Schlachtfeld: Summa	60,624 Mann
Verwundete und Kranke starben (s. o.)	74,545 "

Die Gesamtziffer der japanischen Verluste
an Toten beläuft sich also auf 135,169 Mann
Eine Pyramide von 135,000 Menschenköpfen, von
bleichenden Knochenüberbleibseln einer arbeitstüchtigen, blühen-
den Jugend — das graufige Wahrzeichen der „Kultur“ des
gegenwärtigen Zeitalters!

Sonntagsarbeit in Glashütten.

Die ministerielle
„Berliner Korrespondenz“ schreibt: „Mit dem 1. Juli
d. Js. tritt eine neue Regelung der Sonntagsarbeit in
Glashütten in Kraft. Durch diese Neuregelung wird eine
wesentliche Einschränkung der gegenwärtig noch zugelasse-
nen Sonntagsarbeit herbeigeführt. Der allseitig als not-
wendig anerkannte Betrieb der Schmelzöfen
zur Herstellung der Glasmasse wird auch
nach dem 1. Juli 1906 an Sonn- und Festtagen statt-
finden dürfen, jedoch im Gegensahe zu der bisherigen Re-
gelung nur, soweit er ohne besondere bundesrätliche Ge-
nehmigung bereits durch das Gesetz (§ 105 c der Ver-
werbeordnung) gestattet ist, unter Wegfall aller nicht durch
§ 105 c zugelassenen Arbeiten. An Stelle der bisher
mehrfach freigegebenen Verarbeitung der Glas-
masse ist, soweit sie überhaupt noch durch die neuen Be-

Stimmungen zugelassen ist, die Verarbeitung der flüssigen Glasmasse gestattet worden, um damit jeden Zweifel auszusprechen, daß die der Verarbeitung der flüssigen Glasmasse sich anschließenden Arbeiten, die vielfach in der Praxis zur Verarbeitung der Glasmasse gerechnet wurden, an Sonn- und Festtagen nicht vorgenommen werden dürfen, soweit sie nicht schon auf Grund des § 105 c der Gewerbeordnung ohne weiteres gestattet sind. Die Verarbeitung der flüssigen Glasmasse ist vom 1. Juli ab in Weichholglasgläsern an Sonn- und Festtagen völlig untersagt. Das gleiche gilt hinsichtlich der Herstellung von Bohrglas, soweit sie nicht in dreischichtigem Betrieb erfolgt, ferner hinsichtlich der Herstellung von Preßglas aus Gasen.

Soweit die Verarbeitung der Glasmasse sonst noch bisher zugelassen war, hat sie durch die neuen Bestimmungen eine wesentliche Einschränkung erfahren, so in den Tafelglasgläsern, Grünholglasgläsern und anderen. Ein völliges Verbot der Sonntagsarbeit wäre hier den Interessen insbesondere auch der Arbeiter zuwider gewesen, denen bei der Regelung der Sonntagsarbeit ein vollkommen ausreichendes, meist über das in anderen Betrieben erheblich hinausgehendes Maß von Ruhezeit gewährleistet ist. Gerade die Rücksicht auf die Arbeiter ist maßgebend für die Zulassung der Ausnahmen gewesen, ohne die manche den Arbeitern günstigere Betriebsgestaltungen nicht mehr durchführbar gewesen und durch andere Betriebsregelungen ersetzt worden wären, die auch bei voller Sonntagsarbeit die Anforderungen an die Arbeiter stellen, wie z. B. durch Verringerung des Tagesarbeitsmaßes in den Mannesofenbetrieben mit Tag- und Nachtschichten.

Gewissenszwang. Der Schriftführer der Hamburger Freidenker-Gesellschaft Ludwig, der vor einem dortigen Schöffengericht den Zeugeneid verweigerte, weil er Atheist sei, wurde zu 50 Mark Geldstrafe verurteilt und in Zeugniszwanghaft bis zu 6 Wochen Haft genommen.

Der Kampf gegen ein Gesetz, das einen unerhörten Gewissenszwang zuleitet, muß mit erhöhter Kraft aufgenommen werden. Das Zentrum, dem wir das Fortbestehen dieser gesetzlichen Bestimmungen zu verdanken haben, muß nicht gezwungen werden, seinen mittelalterlichen Standpunkt aufzugeben. Bei jeder Wahlaktion, wo wir mit dem Zentrum im Kampfe stehen, müssen wir die Fidesfrage aufstellen und letzteres gewinnen. Farbe zu bekennen. Im übrigen kann man an dem vorliegenden Falle den populären Wert des Satzes in der preussischen und Reichsverfassung: „Alle Glaubens- und Gewissensfreiheit wird gewährleistet“, recht deutlich erkennen.

Der Eid der heftigen Abgeordneten. Die zweite heftige Kammer ist Donnerstag wieder in Darmstadt aufgenommen. Ruchst soll die Vereidigung des neugewählten Abgeordneten Känge stattfinden. Da dieser aber erklärte, als Mann nicht seinen Eid zu leisten, trat an Stelle des Eides die Gelobung mit Handschlag. Unser Gewährsgeber gab hierzu die Erklärung ab, daß er in Zukunft auch für seine Partei diese neue Form der Vereidigung in Anspruch nehmen werde. Der Präsident versprach zu prüfen, ob es sich hier um ein Novum handle. Sodann wurde eine Reihe von Anträgen erledigt. Zu dem Antrag Ulrich und Genossen betr. Erleichterung von Arbeiterklammern sprach die Regierung sich dahin aus, sie vertrete nach wie vor den Standpunkt, daß die Anwesenheit durch Reichsgesetz geregelt werden müsse. Der Minister Braun wies darauf hin, daß ohne ihn im Reich eine Vorlage über die Rechtsfähigkeit der Berufsvereine in Aussicht stehe. Er persönlich sei für Arbeiterklammern, man solle aber die reichsgesetzliche Regelung abwarten.

Breslauer Nachrichten.

Breslau, den 11. Juni.

Waldschulen.

Auf der 7. Jahresversammlung des Deutschen Vereins für Schulgesundheitspflege, die in Dresden tagte, bildete das erste Beratungsthema die Waldschulen. Referent hierzu war der Stadtschulrat Dr. Neufert-Charlottenburg. Er schilderte den Charakter, das Wirken und die Erfolge der Charlottenburger Waldschule und stellte auf Grund seiner Erfahrungen folgende Grundzüge auf:

1. Chronisch Kranke Kinder, welche den Anstrengungen des Schulbesuches nicht voll gewachsen sind, sind zunächst von den übrigen zu trennen und in Schulen, welche ihrer körperlichen und geistigen Leistungsfähigkeit Rechnung tragen, unterzubringen. Eine Schule im Walde mit verkürzter Unterrichtszeit, in Verbindung mit einer Tageserholungsstätte, wie sie in der Charlottenburger Waldschule besteht, ist eine für solche Kinder geeignete Unterrichtsanstalt.

2. Das hygienische Ziel der Waldschule ist die Kräftigung und Heilung chronisch kranker Kinder durch die einfachsten hygienischen und medizinischen Mittel: Aufenthalt in gesunder Waldluft, reichliche Belichtung durch das Sonnenlicht, kräftige Kost und geeignete Bäder.

3. Das pädagogische Ziel der Waldschule ist, die Schüler durch einen ihrem Kräftezustand angepaßten Unterricht so weit zu fördern, daß sie bei ihrer Rückkehr in die Volksschule mit den ehemaligen Klassengenossen Schritt halten können.

4. Für die Klassengruppierung der Waldschüler sind ausschließlich pädagogische und hygienische Gesichtspunkte maßgebend; von einer Trennung der Geschlechter und der Bekanntheit ist daher abzusehen.

5. Die Ausdehnung des Waldschulbetriebes auf die milderen Wintermonate ist wünschenswert.

6. Für einen Teil der waldschulbedürftigen Kinder empfiehlt sich die Unterbringung in einem der Waldschule angeschlossenen Sanatorium mit Tag- und Nachtbetrieb.

In der anschließenden umfangreichen Debatte wurden unter anderem zur notwendigen Ergänzung der Waldschulen, gegen welche Opposition nicht laut wurde, Wald-erholungsstätten und Seehospize gefordert. Im Schlußwort empfahl der Referent dringend Einigkeit zwischen den Ärzten und Lehrern im Interesse der Schulhygiene. Ein Beschluß wurde nicht gefaßt. Leider wird es noch eine ganze Weile dauern, bis eine größere Anzahl von Städten den angelegenen Anregungen Folge leistet.

Eine Volksversammlung für die Schweidnitzer und die Strehleiner Vorstadt findet Donnerstag, den 14. Juni, Abends 8 Uhr, im Saale des Stabstammens Deutscher (früher Panke) auf der Hubenstraße 50 statt. Parteisekretär Neulirch wird über den Zweck der politischen Organisation sprechen. In den Vordergrund soll eine freie Aussprache knüpfen. Die Bewohner der Schweidnitzer wie der Strehleiner Vorstadt sind mit ihren Frauen zu der Versammlung dringend eingeladen.

Das Radrennen um den großen Freikampfbreis nach der Rennbahn in Grünheide gelockt. Da das Wetter sich „hielt“ und die Rennen im Gegenfug zu früheren allerlet Wechselungen boten, so kamen alle auf ihre Rechnung. Im Entscheidungslauf des Hauptfahrens für Niederrad (es starteten in 4 Läufen 30 Fahrer) siegten der Reihenfolge nach Löwenberg - Breslau, Selmer - Kopenhagen, Peter - Berlin, Heidenreich - Breslau und Dellmann - Kopenhagen. Das Rennen über 10 Kilometer (25 Runden) bot wenig Interesse. Huber - München fuhr die Strecke in 8 Min. 20 Sek. (Der Weltrekord ist 7 Min. 27 Sek.). Beim Trossfahren fuhr ein a. Freikampfbreis, Scholz - Breslau und B. Stammel - Breslau. Am interessantesten war natürlich das Dauerfahren über eine Stunde mit Motor-Schrittmachern (3 Weltrekorde: 1600, 1000 und 800 Meter). Auch hier trat der Münchener Huber wenn auch nach harten Kämpfen mit dem vorzüglich fahrenden Franzosen den Sieg davon. S. fuhr in den ersten 15 Minuten 18 Kilometer, in 30 Minuten 33,8 Kilometer, in 45 Minuten bereits 55,8 und in 60 Minuten 73,820 Kilometer. Der Franzose blieb nur 790 Meter, Grazemmel, der wiederholt die Führung verlor, 2850 Meter zurück. Das Tempo war ein ziemlich rasches, da der Weltmeister Kohl als Höchstleistung auf der Bahn in Grünheide f. St. auch nur 2 Kilometer (75,450 Kilometer) zurücklegte. Der Weltrekord beträgt 84,760 Kilometer.

Der allgemeine Fürsorgeerziehungslag findet hier in Breslau vom 11. bis 14. Juni statt. Die bisher einmütigen Thesen über die Fragen: „Wie schützen wir die gefährdete Jugend vor dem Gedankens?“ — „Wie geben wir den minderwertigen Fürsorgeerziehlingen dennoch die bei ihren Gaben möglichste Ausbildung mit ins Leben?“ — werden den sich dafür Interessierenden von Herrn Inspektor a. D. Köhler, Schillerstraße 18, zugestellt. Die Vorversammlung findet Montag Abends 7 Uhr im Restaurant Palsche statt, die übrigen Verhandlungen an den folgenden Tagen von 1/2 9 Uhr Vormittags an im Landeshause. Tageskarten kosten 1.50 und 1 Mark.

Umbenennung von Straßen. Die Neue Oberstraße, die vom Verlinerplatz bis zur Lorenzstraße führt, hat den Namen Jahnstraße, die Neue Friedrichstraße, die von der Friedrich-Wilhelmstraße bis zum Nikolaiplatz führt, den Namen Willmannstraße, die im Bebauungsplane für den östlichen Teil der Ober- und Sandvorstadt vorgesehene Straße 53, welche als nordöstliche Fortsetzung der Fährstraße von der Pestalozzistraße bis zur Michaelisstraße führt, den Namen Waisenhausstraße erhalten.

Die Pfasterstraße in Mauer ist wegen Herstellung des neuen Deiches bei Panitzsch bis an den Mauerer Friedhof vom 5. Juni d. R. ab auf die Dauer von drei Wochen gesperrt. Die Fährstraße zwischen dem Weg beugen, welcher von der Dorfstraße aus an dem Hoffmannschen Gohlhause abbiegt und unterhalb des Mauerer Kirchhofes wieder in die Straße einmündet.

Für Fuhrwerk und Reiter gesperrt sind wegen Pfasterung die Kurassierstraße zwischen Kaiser-Wilhelm- und Garmerstraße vom 11. Juni bis 15. Juli, und die Striegauer-Chaussee zwischen Verbindungs- und Posener Eisenbahn vom 11. Juni bis 7. Juli halbtägig. Außerdem werden wegen Legung des letzten Teiles des Betriebsgasrohrs von der neuen städtischen Gasanstalt IV nach der inneren Stadt der Herdau-Dürrgoher Grenzweg, die Hubenstraße und die Schönstraße ganz oder teilweise gesperrt.

Gestohlen wurden: am 8. d. M. ein Fahrrad „Drennabor“, Nr. 358,408, einer Witwe auf dem Neumarkt ein Portemonnaie mit 30.50 M.

Mit Beschlag belegt wurde: eine 1/2 Meter lange Krotzweille im Werte von 30 M. Diese wurde in einem Produktengeschäft auf der Oberstraße durch einen Mann zum Kauf angeboten, der sich schleunigst entfernte, als ein Ausweis von ihm verlangt wurde.

In der Ober den Tod gesucht hat ein Mann, der Sonnabend Mittag gegen 1 Uhr von der Universitätsbrücke in den Strom sprang. Bei der Anwandmühle wurden ihm zur Rettung Stangen zugereicht, die er aber zurückwies. Er wurde schließlich über das Wehr getrieben und verstarb im Strudel.

Vermisst wird seit dem 5. d. M. das 16 Jahre alte Dienstmädchen Elfe Planer, Schwertstraße 7.

Ein Schirm abhanden gekommen. In der Fabrikarbeiterversammlung, die am vorigen Sonnabend im „Goldenen Repter“ stattfand, ist ein Schirm stehen geblieben und von einem Besucher in Verwahrung genommen worden. Derselbe wird gebeten, den Schirm bei Josef Schelauke in Maria-Höfen abzugeben.

Mitteilungen aus den Gewerkschaften.

Achtung, Schuhmacher! Der Schuhfabrikant Gottheiner, Wallstraße 17a, hat seinen sämtlichen Zwidern gekündigt, worauf die anderen Kollegen die Kündigung eingereicht haben. Gottheiner hatte der Organisation schriftlich die Zusicherung gegeben, das er nach dem 15. Juni über die von seinen Arbeitern eingereichten Forderungen verhandeln wollte. Da der Gauleiter in dieser Zeit auf dem Verhandlungswege weilt, wurde ersucht, schon vor den Feiertagen zu verhandeln. Dieses geschah, aber Gottheiner bewilligte so gut wie nichts, trotzdem seine Löhne niedriger sind als in anderen Breslauer Fabriken. Jetzt scheint sich der Fabrikantenverband die Sache zu eigen machen zu wollen. Uns soll es allerdings gleich sein, ob Herr G. das Verführeramt anderer werden will. Wir bitten jedenfalls alle Kollegen, aus diesem Vorkommnis die nötigen Folgerungen zu ziehen.

Zentralverband der Schuhmacher.

Achtung, Böttcher! Bei der Firma Richard Hoffmann sind Lohnbifferenzen ausgebrochen und 6 Mann in Streik getreten. Alle arbeitserfreundlichen Blätter werden um Nachdruck gebeten. Die Lokalverwaltung. Ernst Ralfe.

Achtung, Asphaltene und Schwarzbecker! Dienstag, den 12. Juni, abends 7 1/2 Uhr, Zusammenkunft im „Roten Löwen“, Kupferfahndelstraße. Der Wichtigkeit der Tagesordnung wegen ist es notwendig, daß jeder Kollege erscheint. Die Ortsverwaltung.

Aus den Gerichtssälen.

Kabeljau mit Würmern. Wegen Beschandens wider das Nahrungsmitteleigeh hatten sich am Sonnabend vor dem Breslauer Schöffengericht der Kaufmann Gerhard Burmeister,

Inhaber der Verkaufsstelle der „Nordsee“-Fischhandlung auf der Friedrichstraße, und die Verkäuferin R. Neuh zu verantworten. Eine Frau hatte dort fünf Pfund Kabeljau für sich und andere gekauft. Für zwei Pfund schweres Stück legte sie über Nacht in eine Schüssel und stellte diese vor das Fischfenster. Am anderen Tage sah sie zwei lange rötliche Würmer an der Schüssel, und bei näherem Zusehen fand sie, daß das ganze Stück mit Würmern befallen war, die insbesondere dicht unter der Oberfläche der Haut saßen. Sie übergab ein Stückchen der Polizei, und die nähere Beschäftigung im Chemischen Untersuchungsamt hatte eine Anklage zur Folge. Der Gericht gab Burmeister an, er habe keine Kenntnis davon, daß ein mit Würmern befallenes Stück Fisch verkauft worden sei. Schon in eigenen Geschäftsinteresse habe er die Verkäuferinnen angewiesen, Fische, die nicht mehr ganz frisch oder mit Würmern befallen seien, wegzuworfen. Es sei ihm nämlich bekannt, daß im Kabeljau dieser Würmer vorkämen. In Norddeutschland würden solche Fische sogar gegessen, ohne daß jemand im geringsten Etel dabei empfinde. Die Verkäuferin wolle von Würmern an dem Fisch nichts gesehen haben.

Es wurden drei Sachverständige über die Angelegenheit benommen. Dr. Zimmer behauptet, daß im Kabeljau solche Würmer oft vorkämen und zwar in manchen Monaten besonders häufig. Es handle sich um einen Rundwurm, der einige Ähnlichkeit mit dem Spulwurm des Menschen habe, und durch die Spiralförmigkeit der Fortsätze, die er in der Richtung der Fortsätze erinnert. Der Parasit ist hauptsächlich in den Eingeweiden des Fisches zu finden. Wenn er ins Fleisch eindringt, bevorzugt er den Platz dicht unter der Haut. Dr. Sartori vom Chemischen Untersuchungsamt weilt von früheren Fällen, daß Würmer noch Leben zeigten, nachdem der Fisch bereits durchgefroren war. Mit solchen Würmern durchsetztes Fleisch sei ekelhaft und nicht als Nahrungsmittel nicht geeignet. An der rötlichen Farbe der Würmer hätte die Verkäuferin merken müssen, daß der Fisch damit befallen sei. Der letzteren Annahme gegenüber äußerte sich Dr. Zimmer noch dahin, daß sich gerade an der Schnittfläche ein Wurm nicht zu befinden braucht. In toten Fischen säßen sich die Parasiten sicher umhagelt, und nachdem der Fisch durchgeschnitten war, können sie sich erst hervorgehend haben. Professor Dr. Löffler gibt jetzt Gutachten dahin ab, daß der Parasit, nachdem er bereits im Entwicklungsstadium eines solchen Wurmes stehe, im Menschen nicht weiter leben, und der Gesundheit auch nicht schädlich werden könne. Der Staatsanwalt beantragte gegen die Angeklagten je 20 Mark Geldstrafe; das Gericht erkannte auf Freisprechung, indem es annahm, die Angeklagten könnten nicht gewußt haben, daß in dem Fische oder in dem verkauften Stücke Würmer enthalten waren.

Neueste Nachrichten.

Bruch im Doppelreich.

Aus Wien, 11. Juni wird berichtet: Gestern veranstalteten die Christlich-Sozialen (Luzerner) anlässlich der Rückkunft der ungarischen Delegation Demonstrationen gegen Ungarn. Etwa dreitausend Demonstranten, die vor dem Reichshaus Kossuth biblisch angehängt hatten, gegen nach dem ungarischen Ministerium in der Bankgasse, wo die Delegation tagt, schrien: „Nieder mit Ungarn!“ und nahmen eine drohende Haltung an, so daß die Tore geschlossen werden mußten. Kossuth, Weterle und Jichy zeigten sich am Fenster, zogen sich aber bald wieder zurück, worauf die Demonstranten und Diener erschienen, die auf die Demonstration herabsahen. Hierdurch wurde die Erregung der Menge. Siedle wurden geschleudert und von einem benachbarten Bau Stein geholt und die Fenster eingeschlagen. Erst nachdem 60 Mann Wachmannschaften kamen, konnten die Demonstranten zerstreut werden. Die Demonstration gegen Kossuth bestand darin, daß eine Puppe mit großem Schnurrbart an eine Gaslaterne vor dem Rathaus aufgehängt und ein Zettel mit dem Namen Kossuth angebracht wurde. Die Demonstrationen sind ausschließlich auf die Forderungen Dr. Negeers zurückzuführen, der die Wende im Rathaus mit großen Worten aufreizte, welche hierauf unter Führung des Abgeordneten Prochaska von dem ungarischen Palais 30a. Ein Messer, das durch das offene Fenster in den Saal flog, drohte sich vor dem Delegierten Bischof Drohobezel in ihre Hand.

Die Demonstration wird als ein sehr ernstes Zwischenfall angesehen. Weterle versprach der Delegation, die gehänselte Genugtuung zu verschaffen. Der Ministerpräsident vor Deu und der Minister des Innern erschienen bereits persönlich im ungarischen Palais, um die Entschuldigung der österreichischen Regierung vorzubringen. Einige Delegierte erklärten an der weiteren Verhandlung in Wien nicht mehr teilzunehmen und reisten sofort ab. Bei der herrschenden Stimmung ist es zweifellos, daß die ungarische Delegation in Zukunft nicht mehr in Wien tagen wird.

Das Ministerium will noch nicht.

Die Petersburger Telegraphen-Agentur meldet: Die Wiener „Politische Korrespondenz“ veröffentlichte gestern ein Telegramm ihres Petersburger Korrespondenten, in welchem der Rücktritt des Ministeriums Goremykin als angeblich entschiedene Sache gemeldet wurde. Heute brachten die „Rieschowa Wiedomosti“ an der Spitze ihrer Abendausgabe fests gedruckt die Nachricht: „Das Kabinett Goremykin hat gestern Abend demissioniert; die Entscheidung ist noch nicht bekannt.“ Sowohl die telegraphische Meldung des Wiener Blattes, wie die Mitteilung der „Rieschowa Wiedomosti“ gehören zu jener Art von Sensationsgerüchten, deren Authentizität sich nicht bestätigen läßt; in den höheren Kreisen ist von dem Rücktritt Goremykin und seiner Kollegen im Ministerium auch nicht einmal die Rede gewesen.

Gegen die Schnapspest.

Gruppen bewaffneter Personen gerieten, wie aus Warschau gemeldet wird, am Sonnabend Abend etwa 20 Uben der Brantweinmonopolverwaltung. Bei den Zusammenstößen wurden 6 Personen getötet und 18 verwundet.

Meteorologische Beobachtungen der königlichen Universitäts-Sternwarte.

10. und 11. Juni.	Nachm. 2 Uhr.	Abends 9 Uhr.	Morgs. 7 Uhr.
Luftwärme (C°)	+ 18,4	+ 10,9	+ 11,2
Luftdruck bei 0° (mm)	745,4	745,6	745,7
Wasserdampf (mm)	7,1	8,7	8,8
Dunstfälligkeit (pSt.)	66	90	89
Wind (0-12)	W 4	SW 3	SW 2
Wetter	trübe	bedeckt	trübe

„Die Gleichheit“

Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterklasse. Erscheint alle 14 Tage. Preis pro Nummer 10 Pfg. Zu haben in der Expedition und bei den Postämtern.

Dienstag, den 12. Juni 1906.

Eine Wahlrechtsverschönerung.

Das Kommunalwahlrecht der Schleswig-holsteinischen Städte ist im höchsten Grade arbeitereindlich. Und wo es den Arbeitern noch eine Lücke zum Hineinschlüpfen in die Stadtvertretungen ließ, da hat der Kommunalrat sich eifrig bemüht, diese Lücke zu verstopfen.

Die schleswig-holsteinische Städteordnung hat ein Klassenwahlrecht. In Schleswig-holsteinischen Städten gibt es zwei Klassen von Einwohnern. Die eine Klasse hat das Wahlrecht, die andere hat keine. Alle Einwohner einer Stadt, seien sie die Mehrzahl, seien sie die einküftigsten, seien sie die vernünftigsten, seien sie die fleißigsten Menschen, die nicht ein Einkommen von gewisser Höhe versteuern, sind kommunalpolitisch zum bürgerlichen Tode verurteilt.

In 24 von den 84 Städten der Provinz sind politisch tot die Einwohner mit weniger als 660 Mark Einkommen im Jahre, in den anderen Städten und gerade da, wo mehr kleine Leute, mehr Arbeiter wohnen, hat man den Zensus, den kommunalpolitischen Tod, weiter ausgedehnt und den Einwohnern bis zu 900 Mark, 1200 Mark wie in Kiel, ja 1850 Mark steuerpflichtigen Einkommens wie in Wandsbeck das Wahlrecht genommen. So hat man eine große untere Einwohnerklasse geschaffen, die nicht zur Wahl darf. Die anderen, die ein höheres Einkommen haben, hat man als bürgerlich anerkannt und ihnen ein sogenanntes direktes Wahlrecht gegeben. So haben wir zwei Klassen, eine, die nicht zur Wahl darf, die Steuern zu zahlen und das Maul zu halten hat und eine andere, die kommunalpolitische Rechte hat. Die Rechtlosen aber sind die Vielen!

In Kiel zum Beispiel waren im Jahre 1905 38.897 Personen, darunter wohl zum mindesten, wenn man die beantragten Frauen abzieht, 20.000 Männer, die nur bis 660 Mark Einkommen hatten. Ihnen folgten 7671 beantragte Personen mit mindestens 5000 Mark, die bis 900 Mark Einkommen hatten, und endlich 13.483 Personen mit wohl rund 10.000 Mark, die 900 bis 1200 Mark Einkommen hatten. Das sind also mindestens 35.000 Männer ohne Wahlrecht, denen 13.000 Männer mit Wahlrecht gegenüberstehen. Also hatte die Klasse der Rechtlosen 35.000 Mitglieder, die Klasse der Berechtigten 13.000 Mitglieder.

Ein famoseres Klassenwahlrecht! Doch damit nicht genug. Damit die 13.000 Gläubigen nicht über die Schnur hängen können, läßt man sie öffentlich abstimmen. Das traf einst die Arbeiter, die das Wahlrecht hatten; heute, wo der Arbeiter sich nicht mehr fürchtet, trifft es weit mehr die Bürger. Aber so oder so, die öffentliche Wahl ist ein Standa!

Daß diese öffentliche Klassenwahl keine Stichwahl sei, ist ein weiterer Fehler, aber nicht der letzte. Während nämlich von der ersten Wahlklasse die Kandidaten für die Stadtverordnetenwahl frei nach Verbleiben aufgestellt werden können, also direkte Wahl besteht, ist die Wahl von Stadträten und Bürgermeistern indirekt. Alle Magistratspersonen und eine von der Mehrheit der Stadtverordneten ihnen beigegebene Zahl von Stadtverordneten bilden eine Wahlmannsgruppe, die Präsentationskommission. Sie bestimmt allein, wer Kandidat werden darf. Steht sie neben einem nur eben erträglichem Mann zwei vollkommenen Nullen auf — es gibt allemal drei Kandidaten — so sind die Wähler gezwungen, entweder das kleinste Uebel zu wählen oder gar nicht zu wählen.

Wer also Charakter hat und sich keinen Kandidaten aufzwingen lassen will, verliert sein Wahlrecht! Wie man da noch von „direktem Wahlrecht“ der Berechtigten reden kann, versteht man nicht. Also das Wahlrecht der schleswig-holsteinischen Städteordnung, das Kind des freiküftigen Professors Hänel, ist eine öffentliche Klassenwahl, deren wichtigster Teil so indirekt vor sich geht, daß die Wahl zur Pötte wird.

Ein berattiges Wahlrecht hat im zwanzigsten Jahrhundert keine Existenzberechtigung. Trotzdem hat man in der Provinz lange Zeit jeden bürgerlichen Mann das „gute alte Wahlrecht“ haben lassen, weil die Herrschaften glaubten, man könne mit ihm die Städte regieren, ohne daß die verdammten Sozialdemokraten mitleiden. Aber diese haben trotzdem in mehreren Stadtparlamenten Einzug gehalten. sogar ins Kieler Stadtverordnetenkollegium gegen sie mit drei Mann etc. Da scheint denn eine Verschönerungs-Gesellschaft unter der Führung des Kieler Oberbürgermeisters Fuß eine neue Aktion gegen das Wahlrecht unternommen zu wollen. Die Regierung will das Wahlrecht ändern, aber sie will den Schein wahren, daß sie die Vorstellung auf allgemeinen

Wunsch abt. Diesen Schein soll, wenn die Verschönerung glückt, der Städtetag liefern.

Aber die Sozialdemokratie ist auf der Hut für die Volkswacht. Die Agitationskommission für Schleswig-holstein, eine vom Parteitag der Sozialdemokratie Schleswig-holsteins eingesetzte Kommission, hat die Verschönerung wohl beachtet. Sie hat die sozialdemokratischen Vereine, die zum Teil schon selbst auf dem Kriegspfade waren, orientiert, sie hat sie zu einheitlicher Aktion vereint und eine Bewegung im Lande wachgerufen, die Herrn Fuß und den Seinigen schmerzlich gefällt. Ein Glied in der Kette der von ihr veranlaßten Maßnahmen ist ein Flugblatt, das kurz, scharf und klar die ganze Situation beleuchtet.

Und das zweite Glied ist eine direkte Eingabe unserer Agitationskommission an den Städtetag, in der es heißt:

„Ein geistig entwickeltes, klassenbewusstes Proletariat ist nicht gewillt, sich länger als willenloses Objekt einer einseitigen Gesetzgebung behandeln zu lassen. Die Demokratisierung des Wahlrechts ist heute das Zeichen, unter dem das politische Leben aller Völker steht. Das schleswig-holsteinische Proletariat ist daher entschlossen, mit allen zulässigen Mitteln sowohl gegen das heutige Zensuswahlrecht als gegen ein etwa beschlossenes Klassenwahlrecht zu kämpfen. Ebenso protestiert es gegen den Versuch, die Wahl der Magistratspersonen noch mehr als bisher einzuzengen. Für die Magistratswahl und für die Stadtverordnetenwahl darf nur ein und dasselbe Wahlrecht gelten und zwar ein besseres Wahlrecht als das von heute. Die Eroberung des allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahlrechts ist unser Ziel. Wir sind uns bewußt, daß wir dies nicht im ersten Anlauf erreichen werden. Die Arbeiterschaft wird aber nicht ruhen in diesem Kampfe und ist entschlossen, ihn zu führen mit der Energie, mit der das Proletariat seine politischen und wirtschaftlichen Kämpfe zu führen gewohnt ist. Die politische Einsicht der leitenden Kreise kann diese Kämpfe verhindern oder doch wenigstens mildern. Wir appellieren nicht an die Gerechtigkeit. Wir wissen, daß in der Politik nicht eine ausgleichende Gerechtigkeit, sondern das Klasseninteresse der Bestimmten maßgebend ist. Aber wir erwarten von der politischen Klugheit der maßgebenden Kreise, daß sie unserem Verlangen Folge leisten und daß dem Proletariat schon jetzt diejenige Anteilnahme an der städtischen Verwaltung gewährt wird, die ihm nach seiner wirtschaftlichen und politischen Bedeutung gebührt.“

Wenn den Wahlrechtsverschönerern eines sehr unangenehm sein wird, dann diese Beleuchtung, die sie in ihrer wahren Gestalt zeigt.

Zwar ist den Arbeitern mehrfach gesagt worden: Ja, was wollt ihr denn, bei Einführung der Dreiklassenwahl habt ihr doch mehr Aussicht, mehr Stadtverordnete auf die Rathhäuser zu bekommen als jetzt, das Dreiklassenwahlrecht müßte euch immer noch lieber sein als das Zensuswahlrecht. Aber durch diesen Räder ist die sozialdemokratische Arbeiterschaft nicht zu fangen. Sie ist stets in gleicher Weise gegen Zensuswahlrecht und Klassenwahlrecht eingetreten. Dadurch hat sie stets im Gegensatz zum Liberalismus die demokratischen Grundzüge gewahrt, während jener sie unzählige Male verraten hat. Die Sozialdemokratie wird auch fernerhin gegen alle Wahlrechtsverschönerer kämpfen unter der bewährten Devise: Hier mit dem allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrecht!

Internationaler Bergarbeiterkongress.

London, den 6. Juni.

Heute präsidiert Damentin-Frankreich, als Vizepräsident fungieren Ebert-Oesterreich und Hall-England. Ein Dankeschreiben vom Untersuchungskomitee für die Hinterbliebenen der Opfer der Katastrophe von Courrières ist eingelaufen und wird vorgelesen.

Zum Punkt Frauenarbeit spricht Danisch-Oberschlesien als Begründer des deutschen Antrages, der die Frauenarbeit in der Bergwerksindustrie verbieten will. Danisch teilt mit, daß in Oberschlesien noch über

10.000 Frauen in der Bergwerks- und Hütten-Industrie arbeiten, in ganz Deutschland noch über 15.000. Die Frauen und Mädchen erhalten nur 80 Pfennig bis 1.20 Mark pro Tag. Sie werden von den Unternehmern bevorzugt, um die Löhne der Männer zu brücken. Im Interesse einer gesunden Bevölkerung sei die Frauenarbeit in der Montanindustrie zu verbieten.

Bombard-Belgien unterstützt den deutschen Antrag. In Belgien arbeiten noch Frauen unter Tage, pro Schicht acht bis zehn Stunden. Ueber Tage arbeiten die Frauen 10 bis 12 Stunden. Das sei ein Schicksal der Menschheit.

Der deutsche Antrag wird einstimmig angenommen. Zum Punkt Kinderarbeit haben die Deutschen den Antrag gestellt, für Gesehe zu wirken, die jede Beschäftigung von Kindern unter 14 Jahren in der Bergwerksindustrie verbieten und unterirdische Arbeit nur Arbeitern über 16 Jahren gestatten.

Remshagen-Deutschland begünstigt den Antrag. Um den Nachwuchs des Volkes zu schützen, sei eine bessere Kinderbeschäftigung notwendig.

Die Engländer erklären, sie würden sich in diesem Punkte der Abstimmung enthalten, weil sie von ihren Organisationsparteien keine bestimmten Auftrag hätten.

Bombard-Belgien tritt für den deutschen Antrag ein. In Belgien sind noch tausende Kinder, die erst 12 bis 14 Jahre alt sind, untertags beschäftigt. Das sei ein Schicksal der Kultur.

Amenbin-Frankreich erklärt, wegen des Unglücks von Courrières und des anschließenden Streiks hätten sie zur Frage der Kinderarbeit auf ihrem Nationalkongress keine Stellung nehmen können, darum enthielten sie sich der Stimme.

Richols-Amerika spricht für den deutschen Antrag. Bei der Abstimmung stimmen die Belgier, Amerikaner, Oesterreicher und Deutschen für den deutschen Antrag; Engländer und Franzosen enthalten sich der Abstimmung.

Die belgische Delegation beantragt: der Kongress möge sich für Einführung von zwei jährlichen Erholungsperioden von je 15 Tagen (mit Lohnbezug) aussprechen. Die Sprecher der einzelnen Nationen drücken ihre Sympathie mit dem Antrag aus, aber er sei vorher praktisch nicht durchzuführen.

Sachse-Deutschland sagt, die Bergarbeiter hätten ganz gewiß mehr Anrechte auf jährliche Ferien, wie die Bergwerksbesitzer. Den schwer arbeitenden Bergarbeitern ist eine jährliche Ruhepause sehr notwendig. Aber sie zu erreichen ist nur möglich mit einer starken Organisation. In Deutschland hätten einige Berufe, z. B. die Buchdrucker, schon 3-wöchige Ferien mit Lohnbezug erreicht. Manche Stadtverwaltungen geben ihren Angestellten auch Sommerurlaub. Auch die Bergleute werden einen Erholungsurlaub bekommen, wenn sie sich nur stark organisieren. — Im selben Sinne spricht Etinger-Oesterreich aus. — Nachdem diese Aussprache erfolgt, sagt Ebert-Belgien den Antrag zurück und wünscht seine Propagierung durch die einzelnen Nationen.

Ferner beantragen die Belgier die Einführung eines internationalen Demonstrations-Tages für die Bergleute aller Länder, abzuhalten am ersten Montag im Mai. Für den Antrag sind nur die Belgier unbedingt, die Engländer wollen wohl mitstimmen, aber nicht unterstützen.

Wittefeld-England erklärt, er sei für die Feier am 1. Mai, aber wenn der 1. Mai auf einen Sonntag falle, mache die Feier in England Piaslo.

Etinger-Oesterreich und Sachse-Deutschland sagen, für ihre Länder hätten die Arbeiter durch den Beschluß des internationalen Kongresses in Paris 1889 den 1. Mai als Demonstrations-Tag für die Arbeiterschaft anerkannt. Einer anderen Festsetzung könnten die Deutschen und Oesterreicher nicht zustimmen, weil sie hierzu keinen Auftrag von ihrer Organisation hätten. — Hierauf zogen die Belgier ihren Antrag zurück; sie wollen ihn ungeändert dem nächsten Kongress unterbreiten.

Kunmehr berät der Kongress die Abstimmungssicht. Engländer, Deutsche und Franzosen beantragen die gezielte Einführung der Achtstundensicht inkl. Ein- und Ausfahrt für alle Bergarbeiter.

Gartow-England führt aus, das Achtstundengesetz sei zu fordern aus wirtschaftlichen und humanitären Gründen. Manche Anschauung habe sich geändert, so würden sich auch die Ansichten derjenigen englischen Bergarbeitervereine (Northumberland und Durham) ändern, die sich noch gegen die gezielte Achtstundensicht wenden. Die verstärkte Arbeitervertretung im englischen Parlament würde energisch für die gezielte Achtstundensicht eintreten.

Arbeiter-Radfahrerbund „Solidarität“.

In den hiesig geschmückten Räumen der „Alhambra“ in München fanden sich während der Pfingstfeiertage die Delegierten des Bundes zusammen, um die sehr umfangreiche Tagesordnung des sechsten Bundeskongresses zu erledigen. Vorstandsmittglied Althaus erstattete den Vorstandsbereich, dem wir folgendes entnehmen: Mit der in Erfurt im Jahre 1904 beschlossenen Zentralisation kann man sehr zufrieden sein. Ende 1904 zählte der Bund 21.846, Ende 1905 27.896, zur Zeit circa 43.500 Mitglieder; er ist damit mit an erste Stelle deutscher Radfahrer-Vereine gerückt. Die Arbeiter im Vorstand haben sich so geführt, daß nicht nur eine zweite Kraft ange stellt wurde, sondern auch noch eine weitere Hilfskraft zugezogen werden mußte. Das Einküftigenwesen verursachte manche Schwierigkeiten, es mußte mit mehr Vorlicht behandelt werden. Der Reichsbund werde manchmal mißverständlich aufgefaßt, er werde nur bei Fragen prinzipieller Natur, nicht für private Interessen gewährt. Vorstandsmittglied Sachs erstattete den Kassenericht; er bezog sich auf den bereits veröffentlichten Bericht für 1905; in den fünf Monaten des Jahres 1906 betragen die Gesamteinnahmen 43.131 Mark, nach Abzug der Ausgaben verbleiben 8699 Mark; das Bankguthaben beträgt 27.864 Mark 11 Pf. Daraus, daß verschiedene Mitglieder, die das österreichische Zollgebiet überschritten, die Grenzarten nicht zur vorgeführten Frist zurückgeben oder diese Frist nicht verlängern lassen, entstehen dem Bunde unnütze, gar nicht unbedeutende Ausgaben, die bei erhöhter Aufmerksamkeit der betreffenden Mitglieder vermieden werden könnten. In der an den Vorstand, und Kassenericht sich anschließenden Debatte verwarfen sich besonders die Berliner Delegierten gegen den Vorwurf, daß sie es an Agitation gegen den Reichsbund hätten fehlen lassen, dessen Gründung perfekt war, ehe in Erfurt die Zentralisation beschlossen wurde. Auch von anderen Delegierten wurde betont, daß die Vereinsmeterlei schwer zu bekämpfen war, der Gedanke der Zentralisation hat sich aber überall Bahn gebrochen und allgemein wächst das Verständnis für ernsthafte, größere Aufgaben. Der Reichsbund sei auch besonders dort, wo man ihm kein Gewicht mehr beilegte, zurückgegangen und im Absterben begriffen. — Eine lebhafteste Debatte entspann sich beim Punkt Presse über den später wieder rückgängig gemachten Beschluß des Bundes-Vorstandes, das Bundesorgan nicht mehr in Halberstadt, sondern in Frankfurt a. M. zu drucken. Der Redakteur des Blattes, Genosse Fera, erklärte, daß die Halberstädter Firma den Druck des Organs nicht mehr weiter übernehmen kann. Der Bundes-Vorstand unterbreitet dem Bundestag den Antrag, das Publikationsorgan des Bundes, den „Arbeiter-Radfahrer“, zu einem

Regie zu übernehmen, das Blatt in Notationsdruck herstellen zu lassen und Vorstands- und Redaktionsstiftung zusammenzulegen. Dieser Antrag wird angenommen. Zugleich wird beschloffen, eine Prekominmission zu wählen, die über Beschwerden über den Inhalt des Radfahrer-Arbeiters und mit dem Bundesvorstand und dem Ausschuss über Anstellung und Kündigung des Redakteurs zu befinden hat. Außerdem werden eine Reihe von Vorschlägen zur besseren Ausgestaltung des Blattes zum Beschluß erhoben. Der Bundestag lehnt es dann in namentlicher Abstimmung ab, den Sitz des Vorstandes (und damit den Redaktionsstift) in Frankfurt a. M. zu belassen, es wird vielmehr nach engerer Wahl zwischen Chemnitz und Offenbach Chemnitz als Sitz des Bundesvorstandes bestimmt. Bis 1. Oktober hat das Organ des Bundes dort zu erscheinen. Der Antrag, eine Krankenunterstützung (außer bei Rabunfällen) einzuführen, wird als prinzipieller Grundsatz abgelehnt. Dagegen wird die Einführung einer allgemeinen Sterbeunterstützung (bisher nur bei tödlichen Rabunfällen) beschloffen, dafür aber alle übrigen Anträge, die die Bundeskasse belasten würden, abgelehnt. Nächster Kongressort wird Berlin bestimmt. Die Neuwahlen ergaben: Bundesvorstand E. Fischer-Berlin, Kassierer W. Zimmermann-Dresden, Redakteur Labbe-Berlin.

Aus aller Welt.

Säbelkaten eines „Schuhmanns“. Der Erbe eines Schuhmanns beschäftigte unter Vorbehalt des Landgerichtsdirektors Dr. Wenz die 9. Strafammer des Landgerichts 1 zu Berlin. Aus dem Festungsgang 13 Fort Hohneberg in Spandau wurde der Unteroffizier im 1. Garderegiment Hermann Schwirz vorgeführt. Schwirz, der sich in der Uniform des Regiments befand, hatte zwei Jahre als Rekrut gedient und sich dann als Freiwilliger für den Einjährigzweijährigen Dienst gemeldet. Hier gelangte er sich bei der Erfüllung des Auftrags aus und wurde mit der Dienstauszeichnung zweiter Klasse dekoriert. Er kehrte dann zu seinem Regiment zurück und wurde bald zum Unteroffizier befördert. Am 16. Dezember 1905 trat Schwirz probeweise bei der Schuhmanns an und wurde dem sechsten Regiments in Berlin zugeteilt. Hier führte er sich zur vollen Zufriedenheit seiner Vorgesetzten, bis im am 26. Februar d. J. der Aktivist zu einer schweren Ausschreitung verleitet. In diesem Tage, einem Sonntag, hatte Schwirz um 10 Uhr Abends Dienst. Um sich nach etwas zu erholen, bezog er sich mit zwei weiteren dienstfreien Kollegen in eine nahegelegene Schankwirtschaft. Hier wurde viel getrunken. Als seine Begleiter im Heimweg antraten, legte Schwirz allein die Bierreise fort.

Zuletzt besuchte er ein Lokal in der Gasse, das er gegen 12 Uhr Nachts in ziemlich angetrunkenem Zustande verließ. Er schwankte hin und her, und bald folgte ein großer Schwarm dem Schuhmann. Da es gerade die Zeit der Heimgangszeit war, so gab es allerlei unglückliche Zufälle, wie: „Sie wollen wohl heute noch Heimgang kriegen?“ — „Sie, Heimgang hat wohl was zum besten gegeben?“ Schwirz lief dann hinter einem Manne her, bis er diesen aus den Augen verlor. Dieser eigenartige Jagd, die durch die Welterkennung in Norddorf ging, sah der Schachmeister Böhm zu. Als er gerade seinen Gauschläffel herborzog, um die Hauptur aufzuklären, kam der Angeklagte auf ihn zu und verfechtete ihm ohne jede Veranlassung einen Schlag in das Gesicht, wobei er dem ebenso Erfahrenen wie Empfindlichen rief: „Du bist auch so ein Dumpe!“ — Böhm verlangte die Dienstnummer des Angeklagten zu sehen, was dieser nicht willender machte. Mit den Worten: „Ich werde Dir alle meine Nummer zeigen!“ verfechtete er dem B. einen mit großer Wucht geführten Säbelhieb gegen die rechte Brustseite, so daß B. blutüberströmt und bewußtlos zusammenbrach. Dieser Vorgang erregte unter dem sich wieder anfanenenden Publikum große Entrüstung. Als sich der Monteur Maßfeld um den am Boden liegenden Böhm bemühte, drang Schwirz auf ihn ein und verfechtete auch diesem einen Säbelhieb. Nun wurde dem wie wild um sich schlagenden Beamten der Säbel entziffen.

Mittlerweile waren zwei Schulkollegen herbeigerufen worden, die den Kollegen in ihre Mitte nahmen und unter dem Halo der Menge zur Wache führten. Infolge dieses Vorfalls wurde Schwirz sofort vom Amte suspendiert. Er mußte zu seinem Regiment zurückkehren, da er nur probeweise bei der Schuhmannschaft angestellt worden war. Hier stellte sich heraus, daß Schwirz noch etwas anderes auf dem Kerbholz hatte. Er wurde bald darauf wegen Mißhandlung untergebenen zu acht Tagen Gefängnis verurteilt. Ferner mußte er sich wegen Gehorsamsverweigerung vor dem Kriegsgericht verantworten und wurde zu einer längeren Freiheitsstrafe verurteilt, die er gegenwärtig im Fort Hohneberg verbüßt. Der Gerichtsschreiber ist sein Mann mit pöblicher Trunkenheit. Die Beweisaufnahme ergab jedoch, daß Schwirz nicht verurteilt werden darf, daß ein Ausschluß der freien Willensbestimmung angenommen werden müsse. Der Gerichtsschreiber konnte unter Zustimmung mildernder Umstände auf drei Monate Gefängnis.

Begeisterung. In einem Gasthause in Apfeld bei Erfurt erkrankten bei einem Mittagessen sämtliche Personen bis an dem Mittagessen teilgenommen hatten. Ein alter Mann starb alsbald. Die übrigen Teilnehmer liegen schwer krank darnieder.

Wagner-Deutschland sagt, die Förderung der Arbeiterbewegung sei sehr wichtig...

Die Arbeiterbewegung. Die Arbeiterbewegung ist eine Bewegung für die Rechte der Arbeiter...

Die Arbeiterbewegung. Die Arbeiterbewegung ist eine Bewegung für die Rechte der Arbeiter...

Die Arbeiterbewegung. Die Arbeiterbewegung ist eine Bewegung für die Rechte der Arbeiter...

Die Arbeiterbewegung. Die Arbeiterbewegung ist eine Bewegung für die Rechte der Arbeiter...

Die Arbeiterbewegung. Die Arbeiterbewegung ist eine Bewegung für die Rechte der Arbeiter...

Die Arbeiterbewegung. Die Arbeiterbewegung ist eine Bewegung für die Rechte der Arbeiter...

Die Arbeiterbewegung. Die Arbeiterbewegung ist eine Bewegung für die Rechte der Arbeiter...

Die Arbeiterbewegung. Die Arbeiterbewegung ist eine Bewegung für die Rechte der Arbeiter...

Der Streik der Portimunder Straßenbahn hat die Arbeiter in der Stadt sehr unzufrieden gemacht...

Der Streik der Portimunder Straßenbahn hat die Arbeiter in der Stadt sehr unzufrieden gemacht...

Der Streik der Portimunder Straßenbahn hat die Arbeiter in der Stadt sehr unzufrieden gemacht...

Der Streik der Portimunder Straßenbahn hat die Arbeiter in der Stadt sehr unzufrieden gemacht...

Der Streik der Portimunder Straßenbahn hat die Arbeiter in der Stadt sehr unzufrieden gemacht...

Der Streik der Portimunder Straßenbahn hat die Arbeiter in der Stadt sehr unzufrieden gemacht...

Der Streik der Portimunder Straßenbahn hat die Arbeiter in der Stadt sehr unzufrieden gemacht...

Der Streik der Portimunder Straßenbahn hat die Arbeiter in der Stadt sehr unzufrieden gemacht...

Der Streik der Portimunder Straßenbahn hat die Arbeiter in der Stadt sehr unzufrieden gemacht...

Der Streik der Portimunder Straßenbahn hat die Arbeiter in der Stadt sehr unzufrieden gemacht...

Das die Verhaftung aufzuheben nicht mehr möglich ist, sind die Arbeiter in der Stadt sehr unzufrieden...

Das die Verhaftung aufzuheben nicht mehr möglich ist, sind die Arbeiter in der Stadt sehr unzufrieden...

Das die Verhaftung aufzuheben nicht mehr möglich ist, sind die Arbeiter in der Stadt sehr unzufrieden...

Das die Verhaftung aufzuheben nicht mehr möglich ist, sind die Arbeiter in der Stadt sehr unzufrieden...

Das die Verhaftung aufzuheben nicht mehr möglich ist, sind die Arbeiter in der Stadt sehr unzufrieden...

Das die Verhaftung aufzuheben nicht mehr möglich ist, sind die Arbeiter in der Stadt sehr unzufrieden...

Das die Verhaftung aufzuheben nicht mehr möglich ist, sind die Arbeiter in der Stadt sehr unzufrieden...

Das die Verhaftung aufzuheben nicht mehr möglich ist, sind die Arbeiter in der Stadt sehr unzufrieden...

Das die Verhaftung aufzuheben nicht mehr möglich ist, sind die Arbeiter in der Stadt sehr unzufrieden...

Breslauer Nachrichten.

Breslau, 11. Juni 1906.

Der Oswiger Saalkampf

beschäftigte am Sonnabend das hiesige Schöffengericht. Nach einer Polizeiverordnung dürfen in Breslau Sonnabends...

Nachdem aber dann die Saalbesitzer Mensch und Scholz sich verpflichtet hatten, ihre Säle den Arbeitern zu Versammlungen...

Nun fragen wir, wer hindert die Wirte in der freien Verfügung über ihre Säle, die Arbeiter oder die Behörden...

Soweit ist eben die Breslauer Arbeiterschaft bereits gefühllos zu verwerthen versteht. Wo der Arbeiter kein Recht hat...

Das Flugblatt des Zentralverbandes der Handlungsgehilfen und Handlungsgehilfinnen Deutschlands...

Das Flugblatt des Zentralverbandes der Handlungsgehilfen und Handlungsgehilfinnen Deutschlands...

Das Flugblatt des Zentralverbandes der Handlungsgehilfen und Handlungsgehilfinnen Deutschlands...

Aus Russland.

Zarischer Massenmord.

Man schreibt uns aus Riga: Trotzdem die Duma sich die größte Mühe gibt, liberale Gesetze durchzuführen...

Nach hat sich die Duma nicht beruhigt und schon wieder muß sie interpellieren. Dieses Mal sind es nicht 8, sondern 35 Menschen...

Und es genügt ja schon, was die Angeklagten bei den Verhören auszusagen, sie gestanden ja alles, was man von ihnen wollte...

Gleich am ersten Tage der Verhandlung erkrankte ein Angeklagter, namens Radko, mit höchst verdächtigen Symptomen...

Noch einmal die Bezahlung der Handelsangestellten.

Das Flugblatt des Zentralverbandes der Handlungsgehilfen und Handlungsgehilfinnen Deutschlands mit seiner Lohnstatistik...

— gelinde gesagt — Unverfrorenheit besitzt, die Ortskrankenkasse der „Nachlässigkeit“ zu Gunsten der Prinzipale zu verächtlichen, indem die Behauptung aufgestellt wird, daß schon eine schärfere Kontrolle in jener Ortskrankenkasse zu ganz anderen Resultaten führen würde. Hierauf auch nur ein Wort der Erwiderung zu geben, haben wir nicht die geringste Veranlassung.

Von der Erweiterung der Sonntagsruhe.

Auf das Drängen der Handlungsgehilfen-Vereine auf vollständige Sonntagsruhe im Handelsgewerbe hin hielten die Ladeninhaber der verschiedensten Branchen bekanntlich am 25. Mai im Rathhause eine Versammlung ab, um über den Sonntagsladenschluß zu beraten. In dieser Versammlung wurden 15 Kaufleute aus allen Branchen gewählt, die das nötige Material zur Förderung des Planes bis zu einer gegebenen Frist herbeischaffen sollten.

Am Sonnabend, den 9. Juni, fand abermals eine Zusammenkunft der Detaillisten statt. Die gewählten Vertreter der Branchen berichteten über die von ihnen angefertigten Umfragen. Aus den Berichten geht hervor, daß die Sache mit großen Schwierigkeiten verknüpft ist, ein einigermaßen günstiges Resultat konnte bis jetzt nicht erzielt werden. Den Vorsitz in der Versammlung führte Kaufmann Barack. Herr Konrad Gehlich (Herr v. Gehlich) berichtete, daß die Eisenwarengeschäfte nicht ohne weiteres für den Sonntagsladenschluß zu haben sein werden, einige Hauptfirmen, wie z. B. Schröder, Naack, verhielten sich ablehnend, eine Firma habe angegeben, es könne am Sonntag doch vorkommen, daß man einen jungen Mann im Geschäft brauche, wenn auswärtige Kunden kommen, die auch an Sonntagen bedient werden müssen. Die größeren Geschäfte seien sonst für den Sonntagsladenschluß zu haben. Herr Dierschowsky führte an, daß die größeren Wäsche- und Ausstattungs-Geschäfte gänzlich ablehnen, für die Schließung zu haben sein werden doch immer es darauf an, daß die Herren Wäsche-Branchen ebenfalls schließen, diese beiden Branchen wären nicht von einander zu trennen, ob die Wäsche-Geschäfte sich dazu entschließen werden, siehe aber das. Ueber diese Gattung gab Herr Max Schäfer Auskunft. Es läßt sich bei dieser Branche viele kleine Geschäfte in Betracht, die angaben, auf die Sonntagsruhe nicht verzichten zu können, im allgemeinen stehe es mit der Schließung ungenügend, fünf Geschäfte haben direkt ablehnend geantwortet. Bei der Kinder- und Mädchen-Mode es zur Schließung kommen, wie Herr Grünauer versicherte, so auch bei den Seiden- und Modewaren-Geschäften. Von der Lampenbranche berichtete Herr Gerstel, daß drei Firmen effektiv schließen, dagegen sei es ungewiß, ob die Geschäfte, die neben Lampen auch Porzellan und Küchen-Geräte führen, dieselbe tun werden. Herr Ballhorn hat sich an den Drogerien-Verein gewandt und einen ablehnenden Bescheid erhalten, die Seifen-Geschäfte möchten wohl schließen, sind aber von Apotheken und Drogerien abhängig, und da diese Sonntags offen halten, dürfte es in dieser Branche, bis auf wenige Ausnahmen, zu einem Sonntagsladenschluß kaum kommen. Die Firma Weiler will nur die Filialen schließen, in denen nur eine Verkäuferin wirkt. Sehr zweifelhaft scheint es auch in der Lederwaren-Branche zu sein, zwei ins Gewicht fallende Firmen, Gerson Fränkel und Braack, haben sich dagegen erklärt. In der Damen-Konfektion ist der sonntägliche Ladenschluß vollständig gescheitert, Firmen wie Perchlag, Hermann, Wetzlar, M. Berger, Lehn, wollen nicht mitmachen, sie geben vor, am Sonntage ihre Haupteinnahme zu haben. Auch in der Schuhwaren-Branche, wie Herr Bruno Kottelbach mitteilt, scheint eine Vorliebe für die Schließung nicht vorhanden zu sein, ein jeder fürchtet die Konkurrenz des anderen. Für Schluß nach 6, bedingt 12 erklärt, die meisten wollen einen früheren Geschäfts-Schluß, und zwar um 1 Uhr, eintreten lassen, aber das Sonntagsgeschäft doch nicht ganz einstellen. Nur die Lederhändler, die schon früher an die Frage herangegangen, sind einstimmig für den Schluß. Herr Barack versicherte, daß die großen Waren- und Kant-häuser schließen werden, nur bei Messow und Waltschmidt stehe die Forderung noch aus, da die Inhaber nicht anwesend sind und der Geschäftsführer eine bindende Erklärung nicht abgeben wollte. Herr Barack vertrat die Meinung, daß wenn die größeren Geschäfte schließen und die Firmen dies öffentlich bekannt geben, dann werde das Publikum die Einkäufe an den Wochentagen besorgen. Die Einkäufe könne keine allzu große sein. Es sei besser, wenn die Geschäftsteile freiwillig an den Sonntagen schließen, als erst durch das Gesetz gezwungen zu sein. Er schlug vor, Branchenversammlungen abzuhalten, dadurch könnten die Geschäftsinhaber am ehesten zum Ladenschluß gewonnen werden. Die Schließung soll bekanntlich in den Monaten Juli und August vorgenommen werden. Der 1. Juli, der auf einen Sonntag trifft, soll frei sein, weil sonst der Ausfall gar zu groß wäre. Bis zum 22. Juni soll das Ergebnis der Ermittlungen festgestellt sein. Ein Redner schlug vor, eine allgemeine Versammlung abzuhalten und dazu Vertreter der Handlungsgehilfen-Vereine einzuladen. Dieser Vorschlag fand nicht die Zustimmung der übrigen Herren und so blieb es bei den Branchenversammlungen.

Wir erleben hier daselbe Schauspiel, das wir bei der Einführung des Zweihüftschusses an Sonntagen und später des Neunhüftschusses beobachten konnten. Kurzfristige Geschäftsinhaber erhoben ein Lamentieren, daß sie zugrunde gehen müßten, dann kamen die gesetzlichen Bestimmungen, und alle Furcht erwies sich als grundlos. Uebrigens haben wir den vollständigen Ladenschluß anderswo schon durchgeführt. In Leipzig z. B. werden, abgesehen von den Mess- und Weihnachts-Sonntagen, sämtliche Geschäfte, mit Ausnahme der Lebensmittel- und Zigarrenbranche, Sonntags völlig geschlossen gehalten. Was Leipzig mit seiner viel größeren Fabrik- und Vorortbevölkerung kann, das dürfte doch auch bei einigem guten Willen in Breslau nicht unmöglich sein.

Die Haltung der ausgesperrten Holzarbeiter zur Aussperrungszurücknahme.

In einer Versammlung der ausgesperrten Holzarbeiter am Sonnabend Nachmittag, zu der Zeit, als die Aufhebung der Aussperrung durch die Metallindustriellen noch nicht offiziell bekannt gemacht war, wurde mitgeteilt, daß die Kommissionen bei den Unternehmern nachmittags 3 Uhr vorsprechen sollten, um den endgiltigen Bescheid entgegen zu nehmen. Die Industriellen hatten nämlich selbigen Tages noch eine Sitzung zu dem Zwecke anberaumt, um sich über die Aufhebung schlüssig zu machen.

Die nun aus den Berichten der Kommissionen hervorging, sind die Metallarbeiter ohne den Aufhebungsbescheid abzuwarten, bei den Unternehmern wegen Übernahme der Arbeiter vorstellig geworden, gegenüber den Holzarbeitern hatte die Leitung der Metallarbeiterbewegung ein nicht gerade solidarisches Verhalten gezeigt. Dieses Vorgehen wurde von Dietrich und Veitert scharf kritisiert. Kollege Fischer berichtete, daß Direktor Neumann versucht habe, für die Tischler z. eine kleine Lohnverbesserung zu erzielen, es sei aber diese Forderung abgelehnt worden mit der Bemerkung, da müßte erst der Schnitzband sein Votum abgeben und außerdem hätte jeder einzelne Tischler die Forderung zu stellen. Man geht also rücksichtslos gegen Arbeiter vor, die ohne ihr Verschulden viele Wochen ihres Verdienstes verliert gängen. Dietrich äußerte sich zu der ganzen Sache dahin, daß es den Anschein habe, als ob die Aufhebung der Aussperrung den Unternehmern plötzlich und die Kommissionen ihnen ganz unversehrt gekommen seien.

Die Frage war nur die, wie sich die Holzarbeiter jetzt verhalten sollten. Es blieben nur zwei Wege offen. Ent-

weder gehen die Holzarbeiter ohne jede Anfrage Montag früh in Arbeit, oder man wartet, bis der Verband der Metallindustriellen der Organisation von der Aufhebung Kenntnis gibt. Veitert sowohl wie Dietrich vertraten mit großer Verbe den Standpunkt, daß es der Würde der Organisation entspreche, den zweiten Weg zu wählen und die überwiegende Mehrheit der Versammelten war mit der Befolgung dieses Schrittes einverstanden. Es wurde beschlossen, an den Vorsitzenden des Metallindustriellenverbandes ein Schreiben zu senden, in welchem dargelegt wird, daß die ausgesperrten Holzarbeiter die Aufhebung der Sperre erst dann als perfekt ansehen, wenn seitens des Verbandes der Ortsverwaltung der Holzarbeiter-Organisation hiervon Kenntnis gegeben wird. Demzufolge wurde auch beschlossen, daß die Holzarbeiter die Arbeit am Montag nicht aufnehmen und Montag sich zur Kontrolle einzufinden haben.

* **Wieder ein Simplicissimus-Flugblatt konfiskiert.** Das bekannte letzte Flugblatt des „Simplicissimus“, das sich mit den Plutokratien am Silesianer Platz beschäftigte, soll in einer Anzahl von hiesigen Buchläden polizeilich beanstandet sein. In anderen Buchhandlungen ist von einer solchen Beanstandung nichts bekannt. In einer Buchhandlung erschien behufs Konfiskation ein Schussmann ohne behördlichen Ausweis und mußte daher unverrichteter Sache weiterziehen. Es scheint sich daher um eine „Unstimmigkeit“ innerhalb der hiesigen Polizeibehörde zu handeln.

* **Fahrplan-Änderung.** Auf der Strecke Trebnitz-Breslau ist der Sonntags-Sonderzug Nr. 1122, welcher Trebnitz bisher um 8 Uhr 5 Min. Abends verließ, um 29 Minuten später abgeht. Er fährt daher von jetzt ab in Trebnitz um 8 Uhr 34 Minuten Abends ab und trifft um 9 Uhr 37 Min. in Breslau Oberdortbahnhof ein.

* **Warnung vor Copypulver.** Der Holzgelehrte macht bekannt: In Zeitungen wird in der letzten Zeit von der Firma „Coja-Institut & Chancery Co., London W.C.“ eine Copypulver-Werbung haben, daß durch seinen Falsch zu den Betrüben dem Teufel die Spirituosen widrig vorkommen und er deshalb das Trinken unterläßt. Das Mittel besteht im wesentlichen aus vereinigt doppelkohlensaurem Natron und besitzt keineswegs die ihm beigemessenen Eigenschaften. Da es für 10-20 Mark abgegeben wird, obwohl der wahre Wert nur wenige Pfennige beträgt, so wird vor einem Bezuge durch das Coja-Institut dringend gewarnt.

* **Ein Mord?** Am zweiten Pfingstfesttage wurde, wie dem hiesigen parteilosen Blatte gemeldet wird, der etwa zwanzigjährige Arbeiter Skuded aus Pilsnitz bei Breslau, hinter Konk's Lokal, am Gaudauer Grenzplatz erschossen aufgefunden. Die Leiche wurde nach Pilsnitz geschafft. Ueber den Täter bestehen vorläufig nur Vermutungen.

* **Automaten-Restaurant.** In den letzten Monaten wurde ein Automaten-Restaurant fortwährend eines großen Teiles seiner Mittelkassen beraubt. Manmehr ist der Täter in der Person eines früher in dem Lokal angestellten Kellners ermittelt worden. In seinem Besitz befanden sich größere Mengen Behälter, ferner zu den Türen des Lokals passende Nachschlüssel. Die Automaten hatte er durch Löslösen von Schrauben geöffnet. Aber auch Zigaretten und Zigaretten hatte er sich angeeignet. Die Kriminalpolizei beschlagnahmte die Münzen und die Zigarettenliste.

Versammlungen und Vereine.

* **Eine Volksversammlung,** die von annähernd 300 Personen besucht war, tagte am Sonntag Mittag im Lokal des Herrn Gläner (Gerichtskreiskam.). Wie bekannt, führen die Breslauer und Döwitzer Arbeiter einen erbitterten Kampf mit den Wirten und Behörden um Versammlungslöcher. Nach unermüdlichem Ringen ist es den Arbeitern gelungen, den eisernen Ring, den die Wirte geschlossen haben, zu durchbrechen. Es sind zwar zunächst nur einige kleine Lokale, die wenige hundert Menschen aufnehmen können, erobert worden, aber vorläufig genügt es doch, den Samen der Aufklärung auszustreuen. Bemerkenswert war es auch, daß in Anbetracht der sehr stark besuchten Versammlung der Amtsvorsteher in höchstgener Person mit mehreren seiner Beamten erschienen, um die „Ruhe und Ordnung“ anzusehen zu erhalten. Alle Augenblicke äugten die Beamten durch den Saal, ob die Gesundheit der Anwesenden nicht gefährdet werde, die in „dranvollstürzender Enge“ zusammenstanden. Aber es war nichts zu machen, Lokal und Personen entsprachen den polizeilichen Vorschriften. Freulich war es übrigens, daß eine große Anzahl Fabrikarbeiterinnen an der Versammlung teilnahmen.

Genosse Radlof hielt einen Vortrag über das Thema: „Der gewerkschaftliche Gedanke.“ In der Debatte sprach Genosse Werfien über die seit den 90er Jahren bestehenden Lokalkämpfe und aliierte unter lebhafter Anteilnahme der Anwesenden das würdevolle und feige Verhalten der Arbeiterkinder. Wie Werfien, so forderte auch der Vorsitzende Genosse Fenschel zum Eintritt in die gewerkschaftlichen und politischen Organisationen und zum Abonnement auf die „Volksmacht“ auf. Letzterer konnte übrigens an einigen Zahlen nachweisen, wie sehr der gefährliche Kampf der Gegner den Aufschwung der Partei- und Gewerkschaftsbewegung zur Folge gehabt hatte. Genschel schloß die schöne Versammlung mit der Bitte, den Saal sofort auch fernestmöglich mit allen gesetzlich zulässigen Mitteln zu führen und sich weder durch das Verhalten der Wirte noch der Polizei zu Unbesonnenheiten hinreißen zu lassen, dann könne der Sieg nicht ausbleiben. Mit einem Hoch auf die moderne Arbeiterbewegung trennten sich die Versammelten.

Weitere Versammlungen werden in nächster Zeit folgen.

* **Der Müllerverband** beschäftigte sich am Sonntag im Gewerkschaftshause in einer gut besuchten Versammlung mit der Frage der Forderung des bisherigen Tariffs. Vor Eintritt in die Tagesordnung erbat die Versammlung das Andenken an den verstorbenen Kollegen Wilhelm Schneider in üblicher Weise. Gantler Schieleu hielt dann einen längeren Vortrag über die Lage der Müller. Wie sehr die Müllerei, sich selbstständig zu machen, zurecht, zeigt der Umstand, daß allein im Jahre 1904 in Deutschland über 2000 kleine Mühlen eingegangen sind. Im Jahre 1897 haben die Breslauer Kollegen eine Resolution gefaßt, in der die Abschaffung der Sonntagsarbeit verlangt wurde. Die Arbeitgeber ließen sich auf nichts ein; sie erklärten es unmöglich, daß ihre Mühlen es sein könnten, die diese Forderung erheben hätten, da man ihnen doch soweit als angängig Arbeitsruhe am Sonntag gewähre. Im Jahre 1901 war die Organisation bereits soweit erstarkt, daß Lohnforderungen erhoben werden konnten. Von 180 Breslauer Kollegen gehörten 170 dem Verbande an. Die Arbeitgeber sträubten sich, zu bewilligen, sie wollten mit ihren Arbeitern allein verhandeln. Schließlich kam aber vor dem Obergericht ein Tarifvertrag zustande, und zwar war dies der erste derartige Vertrag im Müllergewerbe des ganzen Reiches. Erst später sind dann in Lublitz, Berlin, Leipzig usw. ebenfalls Tarifverträge zum Abschluß gelangt. Damals wurde ein Minimallohn von 18 Mk. pro Woche erzielt. Als Arbeitswoche wurden sechs Schichten statt der bisherigen sieben festgesetzt und für Überstunden wurden zehn, sowie für Sonntagsarbeit fünfzehn Prozent Zuschlag vereinbart. Im Jahre 1903 wurde dieser Vertrag gekündigt. Die Arbeitgeber wollten mit ihren Arbeitern jetzt wieder selbst über die Fest-

setzung der Löhne verhandeln, doch kam am Ende vor dem Gewerbe-

gericht wieder ein neuer Vertrag zustande. Der Minimallohn ward auf 19 Mark festgesetzt. Jeder Arbeiter, der bereits mehr als den Minimallohn verdient hatte, erhielt eine Mark Zulage pro Woche. Damals erklärte Herr Mühlentheiliger Weigert, daß die Arbeiter in ihrer Organisation sich Schaltung und Intelligenz erwerben, und daß mit ihnen besser auszukommen sei, als mit Unorganisierten. Ferner wurde gesagt, man würde den Arbeitern auch ganz gern eine weitere Lohnzulage gewähren, nur müßten diese zusehen, daß auch in der Umgegend bessere Löhne gezahlt würden. Dem Verlangen sind die Müller nachgegeben. In Schottwitz, Humlau, Gbellitz, Landeshut, Ratibor, Neustadt haben Lohnbewegungen stattgefunden. Im Vorjahre ist die Kündigung des abgelassenen Tariffs unterblieben, so daß derselbe auf ein weiteres Jahr in Kraft blieb. Inzwischen sind nun aber die Lebensmittelpreise und Wohnungsmieten ganz erheblich gestiegen. Da ist es an der Zeit, jetzt zu prüfen, ob man stark genug sei, einen besseren Tarif an Stelle des bisherigen zu setzen. Schieleu glaubt, daß die Organisation diese Stärke besitzt und hofft im übrigen, daß die diesjährige Tarifbewegung, wenn in eine solche eingetreten würde, wieder wie die beiden bisherigen, zu einem friedlichen Vergleich führen werden. Nach kurzer Diskussion wurde mit allen gegen zwei Stimmen die Kündigung des Tariffs beschlossen.

Kollege Wiesner gab hierauf den Kartellbericht, woran sich eine Debatte über den Döwitzer Saalhoflot anschloß. Die Kollegen wurden verpflichtet, Döwitz völlig zu meiden. Es kamen hierauf noch verschiedene kleinere Verbandsangelegenheiten zur Erörterung.

Aus den Gerichtssälen.

Auch ein Jugendbildner. Die Breslauer erste Strafkammer verurteilte am Sonnabend den Lehrer Gustav Adolf Brandt aus Groß-Bresla wegen unzüchtiger Handlungen, die er in sechs Fällen an Schülerinnen vorgenommen hatte, zu einem Jahr sechs Monaten Gefängnis. Der Angeklagte hatte die Kinder zu kleinen häuslichen Diensten benützt und sich bei der Gelegenheit an ihnen vergangen. Die Verurteilung erfolgte aus § 176, Abs. 3 des Str.-G.-B.; die Verhandlung selbst fand unter Ausschluß der Öffentlichkeit statt.

Aus Schlesien und Posen.

Die erste rote Gemeindeverwaltung in Schlesien. Aus Klein-Deubusch bei Brieg erhalten wir folgende hoch erfreuliche Nachricht:

Bei der am 8. d. M. stattgefundenen Gemeindevertreterwahl haben unsere Genossen drei Sitze gewonnen. In die zweite Klasse wurden die Genossen Grätiner und Robert Janoske mit 24 gegen 14 Stimmen gewählt. Genosse Kramer wurde in der dritten Klasse mit 30 gegen 24 Stimmen wieder gewählt. Bekanntlich wurde Kramer bereits im März dieses Jahres mit 34 gegen 17 Stimmen gewählt, jedoch waren die Gegner mit diesem Resultat nicht zufrieden. Die Wahl wurde für ungültig erklärt und eine neue anberaumt. Um so erschrecklicher ist jetzt der Ausfall der Wahl. Haben doch die Arbeiter auf die Forderung des Mandats eine treffende Antwort gegeben. Jetzt hat nicht nur Genosse Kramer seinen Sitz behauptet, sondern die Arbeiterschaft hat sogar in der zweiten Klasse zwei Kandidaten durchgebracht, welche bei der vorletzten Wahl noch unterlegen sind. Und das trotz der gerade blutigen äusserst toten Kampfesweise der Gegner!

Auf unserer Seite wurde der Wahlkampf zum ersten Male von dem jungen Wahlvereine geführt, der erst seit März d. J., infolge einer der bekannten Maßnahmen der Behörde gegen uns, gegründet wurde. Auerkannt muß werden, daß sich derselbe gut bewährt hat, zumal wenn man in Betracht zieht, daß die allernachteiligste Zeit ausgeht wurde; fand doch die Wahl Mittags um 12 Uhr statt. Mithin mußten 64 Arbeiter den ganzen Tag fetern, um ihr Wahlrecht ausüben zu können. Auch wurde zum ersten Male die Wahl unter polizeilicher Aufsicht ausgeführt. Trotz alledem haben wir einen glänzenden Sieg errungen, und mit Stolz dürfen wir sagen: Deubusch hat jetzt eine sozialdemokratische Mehrheit in der Gemeindevertretung und wird sie auch in Zukunft behalten. Haben doch schon dieses Mal 97 Prozent aller wahlberechtigten Personen gewählt. Und: Ein Erfolg bringt andere mit sich. So muß noch angefügt werden, daß wir seit der Wahl, also seit drei Tagen, bereits 14 Mitglieder für den sozialdemokratischen Wahlverein gewonnen haben. Wie weiter so, dann sind wir zufrieden. Das Dorfparlament wird sich jetzt zusammensetzen aus 2 Konservativen, 3 Freisinnigen und 7 Sozialdemokraten.

Die Freude über diesen schönen Erfolg unserer Genossen in Klein-Deubusch wird nicht nur in Schlesien allgemein sein. Vor allem wird er aber auf die Genossen anderer Orte anwesend einwirken und so manches Arbeiterdorf in Schlesien wird es jetzt den Genossen in Deubusch nachzutun versuchen. Und die rote Mehrheit in Deubusch findet ein reiches Arbeitsfeld zur fruchtbareren Betätigung vor. Zahllos waren die Wünsche der steuerzahlenden Einwohnerschaft, die vom Dorfparlament fast nie berücksichtigt wurden; zahllos die Beschwerden der Steuerzahler, die die bisherige Mehrheit nicht beachtete. Und wenn auch die künftige Tätigkeit der gewählten Genossen durch die Einrichtungen des Massenrates eingeschränkt wird, so darf doch das eine gesagt werden: Was im Rahmen dieses Massenrates getan werden kann, den Wünschen der Steuerzahler gerecht zu werden, das werden unsere Genossen tun. Ein Bravo! deshalb den toadeten Genossen der Brieger Daurerresidenz!

Immer wieder:

Das Flugblatt zum roten Sonntag.

Im Bericht der „Brieger Zeitung“ über die letzte Strafkammerurteilung lesen wir:

Im Januar d. J. wurde in ganz Preußen, auch hier in Brieg, ein Flugblatt mit der Ueberschrift „An das preussische Volk“ verbreitet. Der Inhalt des Blattes wendete sich gegen das herrschende Dreiklassenwahlrecht und empfahl das allgemeine, gleiche und geheime Wahlrecht wie zum Reichstage. Außerdem waren verschiedene Vergleiche mit Russland usw. herangezogen in Ausdrücken, die sehr scharf waren. Die hiesige Polizei erhielt den Auftrag, auf die Flugblätter zu sühnen und gelang es ihr auch, eine Anzahl zu beschlagnahmen. Auf Grund des § 130 des Strafgesetzbuches wurde Anklage wegen Aufreizung zum Klassenhass erhoben und beantragte die Staatsanwaltschaft Einziehung der beschlagnahmten Exemplare und Unbrauchbarmachung der Klatten in der Buchbinderlei von Schöck in Breslau. Die Richter ergaben aber, daß das Flugblatt ungeschädlich sei. Der in Breslau und Magdeburg freigegeben war, in Odenitz jedoch in Verfabren, in Strehlen und hier wurden die Klatten beschlagnahmt. Das Gericht schloß sich dem Verbot an, das Flugblatt zu verbreiten und zu verkaufen. Die Klatten sind aber durch die Staatsanwaltschaften in Magdeburg und Strehlen freigegeben und sind jetzt mit den De-

... dass, wenn der des Generals beteiligten Aus-
sicht kein Straftrag gestellt sei.
Das war das Vernünftige, was das Gericht tun konnte.

Vom Hochwasser und der Oberschiffahrt.

Aus Ploß wird gemeldet:
Das Hochwasser steht unter einer, gegenwärtig in seinen
Folgen noch nicht zu überschätzenden Hochwasserlage. Die Dämme
sind vorläufig noch nicht gefährdet, aber das Wasser im fort-
währenden Steigen begriffen und der Himmel in schwere Regen-
wolken gebüllt. Neben der völligen Vernichtung einer selten
guten Gewinne, sind ferner durch das Hochwasser enorme Schäden
in den sämtlich weit vorgeschrittenen Weichsel-Quellungs-
betten verursacht worden. Man befürchtet Dammbüche und stellt
deshalb Wachen aus.

Ferner wird vom Schiffahrtsverein mitgeteilt: In der
Reichswoche war fast überall im Obergerbiet regnerische Kühle
herrschaftlich vorherrschend. Trotzdem ging der Wasserstand
nachfolgend rasch zurück, in den letzten Tagen dagegen trat plötz-
lich Hochwasser ein (Kathar am 7. er. noch 131 Zenti-
meter, gestern 443, heute 439 Zentimeter). Die direkten Ein-
flüsse werden so nicht allzu bedeutend sein, hoffentlich bleiben
der Schiffahrt die Strömungen erspart, welche das Hochwasser ge-
wöhnlich hinterläßt, nämlich die Versandungen. Der Schleusen-
verkehr in Füllenberg bedauert sich immer noch auf ca. 4-5 Tage
sowohl in der Fahrt von der Oder zum Kanal als auch in um-
gekehrter Richtung. Die Versandungen des Schiffahrtsvereins
wegen Verfestigung dieses überaus lästigen Uebelstandes haben
aber nur sehr geringen Erfolg gehabt. Aber Erwarten hat der
Regierungspräsident die beantragte und durchaus
notwendige Dampferhilfe an den Schleusen ab-
gelehnt, obgleich die Schiffahrt sich an den Kosten be-
teiligen wollte. Inzwischen wurde nur eine mäßige Verfrachtung
der Warenschaften an den Schleusen und Einschränkung der
Samstagshinterladung des Schleusens auf die Kirzzeit. Beides
wird wohl etwas, aber nicht viel helfen, und der Schleusenrang
wird daher wohl permanent bleiben. Der Verkehr an den Um-
schlagstellen ist durch das fortwährende Regenerwetter sehr gestört,
die Beladung und Entladung der Dämme erlitt dementsprechend
schlechte Verhältnisse.

Ein Arbeitgeber-Bund für das Berggewerbe der Provinz Posen

wurde am 6. d. M. gegründet. Der Gründung des Bundes
ging ein Vortrag des Verbandes der rheinisch-westfälischen
Arbeitgebervereine, Schmiedehaus aus Essen, voran. Neben
der Arbeitnehmerschutzgesetzgebung der Arbeitgeber. So
hätten die Arbeitgeberorganisationen im Jahre 1905 durch die Ver-
träge der Mitglieder eine Einnahme von 20.190.000 Mark er-
zielt und davon 16 Millionen verausgabt, 13 Millionen allein
für Streiks. Die Arbeitgeber hätten für die gleichen Zwecke
kaum etwas über 300.000 Mark verausgabt. Jeder Arbeitnehmer
zahl durchschnittlich 35 bis 52 Mark pro Jahr. Es seien im
Deutschen Reich zwei Millionen Arbeiter organisiert; etwa 1/3
Millionen hiervon seien Sozialdemokraten. Der Vorstand liegt
folgendermaßen zusammen: Hermann-Polen, Vorsitz, Wil-
helm-Schneidewitz, Dam-Strömer, Felsler, Hoffmann-
Polen, Schriftführer. Berichterstatter der Tagespresse waren zu
der Versammlung beziehungsweise nicht zugelassen.

11. Juni. Neue Auslieferung. Die wir er-
halten, sind sämtliche Nachbeter bei der Firma Faber hier-
selbst ausgesetzt worden und zwar nicht wegen Lohnforderung,
sondern wegen ihrer Verbandsangehörigkeit. Herr Mayer teilte seinen
Arbeitern mit, daß er für sie keine Arbeit mehr eingestellt habe, da
die Arbeiter zu teuer seien, weil sie alle dem Verbande angehören!
Wenn Herr Mayer die organisierten Arbeiter zu teuer sind, was
für einen Lohn will er dann den unorganisierten zahlen?

9. Juni. Zur Beendigung des
Streiks erhalten wir folgende Zuschrift: Die Direktion er-
klärt in dem Bericht der Nr. 63 von voriger Woche, daß es
mühsam sei, wenn von der fünfgleibigen Kommission be-
richtet werde, es fänden keine Maßnahmen statt; wenn die Arbeiter unter den seit dem 1. März bereits in Streik
getretenen Lohnfähigen die Arbeit aufnehmen. Die fünfgleibige
Kommission hat ausdrücklich und einheitlich berichtet: Die Direk-
tion hat beschlossen, alle Arbeiter anzulegen, ausgenommen da-
von sind zwei Kameraden, ein über Tage und ein unter
Tage arbeitender. Auch sei es verwunderlich, daß die Nach-
richt im Umlauf sei, daß die Siebener-Kommission nicht wieder
angelaufen werde. Die Direktion habe nichts gegen dieselbe. Dies
ber Bericht von fünf gewählten Kommissionsmitgliedern.
Der früheren Siebener-Kommission ist auch erklärt worden,
Reparaturen in unserem Sinne fänden nicht statt; von Auslegung
ausgeschlossen seien nur die, gegen welche Straftrag gestellt
worden sei.

Seite aber haben wir die Tatsache zu verzeichnen, daß
nicht nach dem gegebenen Wort bezw. Gefährdungen
gehandelt worden ist. Es sind noch eine Menge Kameraden
ausgesetzt, welche nicht mehr verhandelt haben, als ihre
Prämie zu ändern. Auch ist nach der Auslegung des Revi-
sionsbesamtes von West-Schlesien, das Ausbesserungsprogramm de-
rells vor Abbruch des Streiks festgelegt worden.

Ob die jetzige Handlungsweise mit den früheren Gefähr-
dungen in Einklang zu bringen ist, mag die Öffentlichkeit be-
urteilen.

Die Streikleitung: Franz Pohl.
-i. Friedland, Kreis Waldenburg, 11. Juni. Vom
Schlachtfelde der Arbeit. Am Sonnabend, kurz vor
Mittag, ereignete sich in Rieher-Waltersdorf ein
schwerer Unglücksfall, dem zwei hübsche Menschenleben zum
Opfer fielen. An dem vierstöckigen Gebäude oberhalb des Be-
triebsgebäudes der Firma Gebr. Schmidtgen (Eigentümer ist der
Herzog von Ploß) waren auf einem sogenannten Jahrgarst
zwei Umsteher des Landbesitzers Quintus von hier mit An-
gelegenheiten beschäftigt. Infolge Bruches der unter die Dohle
gelegten Leiter klappten beide mit sämtlichem Material und Be-
zug aus einer Höhe von vier Stadien herab. Der 20 Jahre alte
Arbeiter Wilhelm Tich von hier blieb mit geschundenen Glied-
maßen tot liegen, und der andere Arbeiter wurde schwer ver-
letzt in das Krankenhaus geschafft, wo er inzwischen auch seinen
Verletzungen erliegen mußte. Ob das Jahrgarst in vorstehend-
möglichen Zustand sich befand hat und von der Schuld an
diesem traurigen Falle trifft, wird hoffentlich die Untersuchung
ergeben.

9. Juni. Opfer des Alkohols. In
einem Bericht über die letzte Sitzung des Kreisgerichts der
gudischen Division lesen wir: Der Landbesitzer Ogermann
im Landbesitzgebiet Gleditz sollte zu einer Uebung einge-
zogen werden. Als er am Morgen des Festungstages ankam,
hatte er einen schweren Kopfschmerz, den er auf den Konsum
der Nacht vorher und heute noch überschüssiger (?) Manier be-
einigte einige Schnäpse hinter die Bude gegeben. Seine Kräfte
wagte er. Als ihm das verstanden wurde, erwiderte er,
er könne doch die Zigarre nicht ins Gras legen, und nach sei-
nem Namen gefragt, sagte er, er sei ja nicht. Demzufolge wurde
er ins Gefängnis abgeführt. Dort domerte ihn die Ge-
richtsbehörde an, er solle sich heute in das Zimmer des Ab-
wesenden und erlöse sich, er solle sich heute in das Zimmer des Ab-
wesenden. Der Landbesitzer erklärte ihm darauf für verurteilt und ging
nachher an ihn vorbei, um den Gefängnis dem Gefängnisbesor-
der anzuvertrauen zu lassen. Da wurde er wieder von O. so arg
belästigt, daß er ihm mit der Waffe drohen mußte. O., der
heute noch sehr stark wach ist und während seiner dreiwöchigen
Untersuchung im Gefängnis gelegen hat, brachte sich bei der Ver-
urteilung

gänge nur noch dintel zu erinnern. Er erhielt unter Anzei-
nung von 10 Tagen Unterhaftung 2 Monate Gefängnis.
Am 22. April er. ging der Arbeiter Max Siegel von
hier in Begleitung seiner Frau und des Kammerers Wobasch
Abends die Josefstraße entlang am Stadtbauwerk vorbei. Dort
war Langmuß. Zwei Kameraden vom Regiment des Wobasch
besperrten die Straße und geleiteten mit Wobasch, als sie Raum
geben wollten, ins Samtgemeinde. In der gegenüberliegenden
Defestation war der Musiker P. L. a. s. e. a., nach seinen Vor-
streifen ein oberster Köch, nach seinem Aussehen ein
Mensch mit Sternnadeln und einem Hülfenbüchsen. gerade
beim vierten Glas Bier und beim so und so vielen Cognat,
als er es brauen "Kaischen" hörte. Ohne Befinnen sprang er
heraus und schlug den ersten besten Willigen, den er vor sich
sah, nämlich den Arbeiter Siegel, mit dem Seitengewehr über
den Kopf, sobald Siegel zusammenbrach. Dann hob er, da er
sich verlor, in das Wobasch'sche Haus, versteckte sich dort
auf dem Boden und konnte erst durch eine Militärpatrouille und
mit Hilfe der Polizei hervorgeholt werden. Auf der Wache
wollte er sein auf dem Tische liegendes Seitengewehr wieder an
sich nehmen, um auf seine Kameraden loszugehen. Als ihn der
Wachhabende davon hinderte, packte er diesen so fest am Kell-
hals, daß es kluckte. Auf seinem Transport nach dem Arresthaus
begleitete er verschiedene Achtungsverletzungen und rief, am Arrest-
haus angelangt: "Wache raus! Wegen den Angeklagten, der
durch Hauptmann Rebins verurteilt war, wurden vier Jahre
Gefängnis beantragt. Der Gerichtshof erkannte auf 3 w e t
Jahre.

-19. Weihen O., 9. Juni. Die Bezeichnung
"Subaltern-Beamtenstand" eine Beleidigung
Gut? Ein interessanter Rechtsprozeß spielte sich am Freitag
vor der 1. Strafkammer des hiesigen Landgerichts ab. Wegen
Beleidigung durch die Presse fand der verantwortliche Redakteur
der in Weihen erscheinenden "Oberbayerischen Grenzzeitung",
Germann Ehrlich, vor der Strafkammer. Die Vorgänge, die
dem zur Anlage stehenden Artikel zu Grunde liegen, reichen in
den Anfang April d. J. zurück. Damals wurde auf dem Ge-
markte in Weihen die größte zerstückelte Leiche eines unbe-
kannten Mannes gefunden, dessen Persönlichkeit auch heute noch
nicht festgestellt ist. In diesen rätselhaften Mord hatten sich die
bayerischen Vermutungen geknüpft, die besonders bei den unteren
Volkschichten Boden gefunden. Bei der unmittelbaren Nähe des
jüdischen Friedhofes ließ es allgemein, es liege ein Ritual-
mord vor, und dies Gerücht wurde durch einen Artikel in
diesem Sinne in einem hiesigen Blatte bekräftigt. Die Erbitterung
und Erregung gegen die jüdischen Bürger war die Folge davon.
Der Angeklagte hielt es für seine Pflicht, diesen Gerüchten auf-
klärend entgegenzutreten. Um sich Informationen zu holen,
suchte er mit zwei anderen hiesigen Redakteuren die Staats-An-
waltschaft am hiesigen Landgericht auf. Im Anmeldezimmer be-
traf man sie an das Sekretariat Nr. 13. Der Angeklagte legte
dem Staatsanwaltschaftsbeamten Bogonza seine Wünsche
dar und bebatete ihm in höflicher Form, daß es ihm um Ein-
sichtnahme der staatsanwaltschaftlichen Befanntmachung zu tun sei,
in der der Obduktionsergebnis enthalten war und die an dem-
selben Abend erscheinen sollte.

Auf die längeren Ausführungen des Angeklagten erwiderte
der Beamte damals: Sei une geht alles nach dem
Buch haben, wie heißt der Mann? Als die Re-
dakteure darauf entgegneten, daß bekanntlich die Person des
Toten noch nicht anosciert sei, sagte der Beamte: Ja, dann
ist es der Buchstabe U, unbekannt, der geht mich nichts an,
gehen Sie auf das Zimmer Nr. 15. Bei dem Ernst der Sach-
lage hatten diese Worte gerade am Gerichtshof, wie der An-
geklagte meint, durch den Kontrast etwas Situationskomisches an
sich und diesen Einwand hatten auch seine Begleiter, die eben-
falls mit Wut über das Sachverhalte unterdrückt. Der Angeklagte
hatte diesen Vorgang am Ende der Woche in einer Sonntag-
pflanzerei benutzend und daran die Kritik geknüpft, daß jener
Vorfall des Bürokratismus wieder einmal trüb beweise, der
vielleicht das Fleisch und Blut des Subalternbeamtenstandes
bilde. In humoristischer Form war in dem Artikel ferner noch
erwähnt, daß der Beamte bei jener Unterredung sich in seiner
Amtswürde gezeigt habe.

Durch diese Ausführungen fühlte sich der Assistent Bo-
gonza verletzt und stellte wegen Beleidigung Straftrag. Die
Verhandlung ergab, daß die Worte, wie sie in dem Artikel er-
wähnt, tatsächlich gefallen sind. Der Staatsanwalt stellt jedoch
die Beleidigung für erwiesen. Der Angeklagte habe gemüht
einen ernsten Vortrag ins Leichterliche gezogen und einen ehren-
haften Beamten beleidigt. In der Bezeichnung Subaltern-
Beamtenstand habe der Angeklagte den Jüngern verächtlich als etwas
Niedereres und Minderwertigeres hinstellen wollen. Der Vorgang
sei durchaus nicht humoristisch gewesen, wenn auch der Jüngere
jene Worte gebraucht habe. Er beantragt gegen den Angeklag-
ten sechs Wochen Gefängnis.

Der Verteidiger führte aus, daß in dem Artikel eine per-
sönliche Beleidigung und auch die Absicht für eine solche nicht
vorhanden seien. Der Angeklagte habe einen wirklich humoristi-
schen Vortrag humoristisch wiedergegeben und man könne nicht
begreifen, wie man aus einer solch harmlosen Sache so viel
Lärm schlagen könne. Der Angeklagte sei freizusprechen. Der
Gerichtshof schloß sich den Ausführungen des Staatsanwalts
an. Der Angeklagte habe in dem Artikel in haarkraut-
sonder Weise beleidigt; auch in dem Ausdruck
Subalternbeamtenstand liege eine Beleidigung,
da er damit den Jüngern Bogonza als untergeord-
net habe verächtlich machen wollen. Der Angeklagte habe den
Artikel gar nicht so harmlos gemeint, wie er glauben machen
wollte; dennoch sei die Sache aber doch nicht so schlimm und
mit Rücksicht darauf habe das Gericht nur auf eine Geldstrafe
und zwar in Höhe von 100 Mark erkannt. Dem beleidigten
Beamten wurde Publikationsbefugnis zugesprochen. Der An-
geklagte hat gegen dieses Urteil die Revision angemeldet.

Kleine provinzielle Nachrichten.

Am Sonnabend ist in Laurahütte ein Grubenarbeiter mit
seiner Frau verhaftet worden, weil sie im Verdacht stehen, den jungen
Kraus, der vor einigen Tagen von der Straßenbahn überfahren
wurde, vorher ermordet zu haben. Um den Verdacht von sich abzuwenden,
haben sie den Ermordeten auf das Gleis der Straßenbahn gelegt. Bei
einer vorgeschriebenen Scharfschütze sind bei den Verhafteten taubstumme
Waffen gefunden worden, die von dem Ermordeten taubstummen
hervorgehört werden. In Glogau ging der Vorfall der Erregung
in Glogau an. Den angeführten Bemühungen der Feuer-
wehr und der Sanitätsbrigade gelang es, nach einstufiger Tätig-
keit das Feuer auf den Dachstuhl zu beschränken, der in der ganzen
Ausdehnung des langen Gebäudes ein Raub der Flammen wurde.
Die Ursache konnte nämlich in Sicherheit gebracht werden. Ein eigener
Anfall ist es, daß das Feuer gerade ausbrach, wo zur Verhütung der
Kriegsgefahr der Generalassistent des Militär-Erziehungs- und
Bildungsvereins, Generalassistent Karl von Ploß im Ploß
weilte. Bei Ratibor wurde der bezogliche Arabant Drabitz beim
Ueberfahren der Gleise zwischen Glogau und Ratibor und Ratibor
von einem Personenzug ertränkt. Es wurden ihm beide Beine abgesehen.
Auf Berggrube bei Ratibor wurde der Arbeiter Gros durch
einen Sturz der Förderseile in den Schacht ertränkt und blieb mit
erschütterten Gliedern tot liegen. Der 18jährige Zwangsarbeiter
Risse in Schwab hat das Geständnis abgelegt, den Mörder
Schulderbrüchens hinter sich zu haben. Wegen Sittlich-
keitsverstoßes wurde der 45 Jahre alte Kammerdiener
Schölkert, beide aus Glogau, wegen Verstoßes
indemgemäß, vor der Strafkammer in Glogau zu ver-
urteilen. Krupp wurde der in dem Anlagebericht an-
geführten Strafkammer an einem 10jährigen Kinde durch
die Beweis-Aufnahme für überführt erachtet und
eine Anzahl milderer Umstände zu 3 Jahren Zuchthaus und

4 Jahren Ehrverlust verurteilt. Die Mitschuldige Schloß, die
Mutter des Kindes, wurde der Beihilfe für nicht schuldig erklärt und
deshalb freigesprochen.

Insland.

Ueber die sozialistischen Ersahwahlen in Italien

Wird dem "Vortorio" aus Rom geschrieben:
Die italienische Partei hat allen Grund, mit den Ergeb-
nissen des letzten Wahltages zufrieden zu sein. Obwohl erfah-
rungsgemäß bei Ersahwahlen die Pressionen der Regierung und
die Konzentration der Ordnungsparteien den höchsten Grad er-
reichen, hat unsere Partei Wahlkreise behauptet, die mit Sicher-
heit als verloren angesehen worden waren, so S. u. a. l. l. a.
(Sichel), Mirandola (Agnini), S. Giovanni in Per-
steto (Giacomo Ferri) und Carpi (Veresi). Unterlegen
sind nur die Genossen Perera und Ventini, die beide
monarchischen Kandidaten Platz machen. Beide Wahlkreise waren
erst bei den letzten Wahlen erobert worden. Während Ventini
seine Stimmengahl erhöht hat, ist die Perera um mehr als 1000
zurückgegangen, was sich aus dem Verhalten der Kandidaten er-
klärt, die das vorige Mal den Sieg unseres Parteikandidaten
herbeigeführt hatten. Der Ausschall der Stichwahl in St. Giovanni
kommt nicht unerwartet: Die Erinnerung, was Genosse Lada
in Salza erst vor ein paar Wochen ohne Gegenkandidaten ge-
wählt worden, in einem Wahlkreise, der kaum die ersten Ansätze
sozialistischer Organisation zeigt. Dagegen ist die Nachricht, daß
Genosse Rigola in Vellea in Stichwahl steht, überall mit
Beobauern aufgenommen worden. Ist doch Rigola, der infolge
eines Berufsunfalles das Augenlicht verloren hat, der einzige
Arbeiter im italienischen Parlament! Daß er in dem eminent
industriellen Wahlkreise von Vellea nicht im ersten Wahlgange
gewählt wurde, erklärt sich aus der massenhaften Abwanderung
der dortigen Arbeiterschaft, die in den Sommermonaten in der
Schweiz und in Frankreich Arbeit findet. Rigola erzielte bei den
Vorwahlen 3897 gegen 3345 und ließ diesmal mit 3664 gegen
3672 in der Minorität, so daß nur die hohe Zahl der bean-
standeten Zettel die Stichwahl nötig machte.

In sechs Wahlkreisen hatten unsere Gegner von der Auf-
stellung von Gegenkandidaten abgesehen, weil sie es als zweck-
los erkannt haben, sich daselbst mit den sozialistischen Kräften
zu messen. Es sind die Wahlkreise von Andrea Costa, S.
Stipiano, Enrico Ferri, Santemartini, S.
Felice und Arcobbi, die dem auch alle sechs bei begriff-
licher Weise nicht auszuforder Wahlbeteiligung fast mit Einstimmig-
keit gewählt worden sind.

Sehr heftig war der Wahlkampf in Alexandria, wo
Genosse Peroglio seine Stimmengahl von 3675 auf 4269 er-
höhte, ebenso in Turin 2, wo Morganti den fleißigeren
Gegner um die Mehrzahl von 1000 Stimmen hinter sich ließ.

Eine ganz eigenartige Prägung zeigte auch diesmal der
Wahlkampf in Mailand. Hier standen — wie bei den letzten
Wahlen — neben den reformistischen Kandidaten die der revo-
lutionären als die eigentlichen Parteikandidaten. Aussicht auf
Erfolg hatten diese letzten, Cazzari und Labriola, freilich nicht,
um so weniger, als Radiale und Republikaner für die Re-
formisten stürmten. Daher fehlte dem Wahltag hier jede Kampf-
stimmung, und die Wahlbeteiligung war minimal. Turati's
Stimmengahl sank von 4572 auf 3430, sein Gegner, ein Akti-
staler, brachte es auf 1100 Stimmen. Labriola, der bei der Vor-
wahl 712 Stimmen gehabt hatte, erhielt diesmal nur 240.

Etwas geringer war die Apachie im 6. Mailänder Wahl-
kreise, wo die Reformisten nach Turati's bezüglichen Parol-
kandidaten Cabritti den — gleich Turati — außerhalb der Parol-
organisation stehenden Chefredakteur des "Tempo", Treves,
aufgestellt hatten. Dieser erhielt 2068 Stimmen, der Ordnung-
skandidat 1436, Cazzari 287. Die spätere Stimmengahl der
beiden Parteikandidaten hier dürfte ihren Grund darin haben,
daß die sozialistische Wählerchaft Mailands in ihnen mehr die
Vertreter der hybridistischen Fraktion als der Gesamtpartei sieht.

Bemerkenswert an diesem Wahlkampfe ist auch die leb-
hafte Wahlbeteiligung der Meritalen, die in zwei Kreisen eigene
Kandidaten aufgestellt hatten, sowie die Haltung der "Christlichen
Demokraten", die es energisch abgelehnt haben, für den Meri-
talen zu stimmen. Diese "Christlichen Demokraten", mit einem
Stich ins Sozialistische, haben in Porto Maggiore (zweiter
Wahlkreis Ferris) zum ersten Mal einen eigenen Kandidaten
aufgestellt und wider alles Erwarten 1700 Stimmen erhalten,
nur 200 weniger als Ferri!

In ganzen war's ein guter Tag für die Partei, dieser
letzte Wahltag, der gleichzeitig auf den ersten Pfingsttag und
auf das Verfassungsfest fiel: Gegen 57.000 sozialistische Stim-
men sind für unsere Kandidaten abgegeben worden. Mögen die
sozialistischen Abgeordneten die ihnen wieder anvertrauten Man-
date im Sinne ihrer proletarischen Wählerchaft erfüllen!

Kunst, Wissenschaft und Technik.

Eine neue Theorie der Sintflut gab in der
Gesellschaft für Erdkunde in Berlin der Astronom Dr. Riem.
Er knüpfte dabei an die Tatsache an, daß dem Blick des Astro-
nomen die Venus mit einer undurchdringlichen, wasserschwammigen
Atmosphäre versehen erscheint. In dem jetzigen Zustande der
Venus sieht Dr. Riem nun das Urbild der Erde in fängstver-
gangener Zeit. Im Tertiar soll die Erde von einer Atmosphäre
umgeben gewesen sein, die einen starken Wassergehalt hatte.
Überall herrschte ein mildes gleichmäßiges Klima. Wie ein
großes Treibhaus erscheint die Erde in der damaligen Zeit.
Nach hatte die Sonne nicht die Gewalt, durch diese Wasser-
atmosphäre hindurchdringen. Die Wärme der Erde war keine
durch die Sonne vermittelte, sondern strahlte von der Erde selbst
aus. Beobachtungen haben ergeben, daß der Mensch sich an
einen Druck von 3 bis 4 Atmosphären zu gewöhnen vermag.
Diesem Druck würden 30 bis 40 Meter Wasser entsprechen, die
für damals angenommen werden können. Nun trat durch den
Wärmeverlust eine Unterkühlung der Wasseratmosphäre ein, bis
plötzlich die ganze Wassermenge sich kondensierte, der große
Platzregen, die Sintflut kam. Wenn täglich ein halber
Meter Wasser vom Himmel heruntergekommen ist, so müssen die
reine mechanischen Wirkungen ganz ungeheure gewesen sein. Dr.
Riem weist nun nachzuweisen, daß die Sintflutergüssen nicht
von einer heftigen Flut reden, sondern eben jene große Mo-
nentkraft im Auge haben, die an der Grenze zwischen Tertiar und
Quartär eingetreten ist. Die Sintflut bezeichnet in meteorolo-
gischer Hinsicht den Wechsel zwischen der Herrschaft der Erd-
wärme und der Herrschaft der Sonnenwärme. Und da ist es
charakteristisch, daß die Sintflutergüssen von dem Regen-
bogen berichten. Dieser konnte eben erst nach der Flut, zur
Zeit der Herrschaft der Sonnenwärme, auftreten. Wie konnte
aber die Ueberlieferung so lange Zeiträume überdauern? Ein-
mal ist daraus hinzuzufügen, daß die geologischen Zeiträume wohl
zu hohe Zahlen angeben, nach Dr. Riem kommt man mit 12.000
Jahren aus. So lange also mußten sich die Sintflutergüssen
erhalten haben. Das ist leicht möglich; denn es kommt noch in
Betracht, daß die Leute in früherer Zeit ein unergiebiges
härteres Gedächtnis hatten, als heutzutage. Wir wissen zum
Beispiel, daß viele Griechen die Flut und die Dölysee aus-
wendig besagen konnten. Die Ausführungen riefen eine lebhafteste
Debatte hervor. Hofrat Dr. Penz, der Nachfolger des Freiherrn
v. Richtofen, trat aus geologischen Gesichtspunkten der Theorie
einer allgemeinen Ueberkühlung entgegen. Denn es fänden sich
Ereignisse hinterlassen haben müßte, dann aber fänden sich auch
(zum Beispiel im Tertiar Nordamerikas) noch heute Zerfetzungs-
produkte vor, die unter dem Einflusse der Flut notwendigerweise
hätten weggespült werden müssen.